

in Polen abgesagt haben. Das waren doch auch andere. Nennen sie einen englischen oder einen anderen Politiker, der sich damals mit Ihnen getroffen hätte.

(Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Doch! Gab es!)

Also bitte, da muß Objektivität herrschen.

Ohne diese Atmosphäre hätten alle Dissidenten – da waren Havel, Sabatova, ich und all die anderen noch zusammen – im Westen niemals das bedeuten und bewirken können, was diese Opposition nach 1977 immerhin bedeutet hat. All die Preise, die einige der damaligen Schriftsteller bekommen haben, waren doch auch Teil der Politik, die von den Vertretern der damaligen Entspannungspolitik bewirkt worden ist.

Ich möchte nur noch sagen, daß ich bei den Gesprächen mit Willy Brandt, die ich zu diesem Thema mehrmals mit ihm gehabt habe, gewarnt habe: Setzen sie nicht auf die Bilaks und die anderen, weil deren Macht vorübergehend ist. Es sieht nur so aus, als ob sie weiter Geschichte machen werden. Das war 1987. Sie haben das zwar zur Kenntnis genommen, haben sich aber sicherlich nicht immer daran gehalten. Das ist, wenn Sie so wollen, die Tragödie der Realpolitik. Die ehemaligen Realpolitiker hasse ich eigentlich; das gebe ich zu.

Abg. Meckel (SPD): Ich möchte mit einer persönlichen Bemerkung beginnen. Sie betrifft die persönliche Begegnung hier mit Zdenek Mlynar. Es war Ende der siebziger Jahre, als ich das erste Mal sein Buch „Nachtfrost“ in die Hand bekam, das hier schon angesprochen worden ist. Es hatte für mich damals eine große Bedeutung. Zum einen historisch, um über das, was 1968 passiert war, mehr zu erfahren, aber zum anderen in zwei weiteren Hinsichten. In erster Hinsicht war dieses Buch besonders wichtig, weil für jemanden, der in der DDR lebte, aus diesem Buch analog zu schließen war, wie auch innerhalb der DDR zwischen Partei- und Regierungsapparat Strukturen und Entscheidungsprozesse überhaupt liefen. Jedenfalls dafür, das, was man in der Zeitung gelesen hatte, besser einordnen zu können, war dieses Buch für mich ausgesprochen wichtig.

In zweiter Hinsicht hat dieses Buch für uns heute, glaube ich, eine große Bedeutung. Ich habe in seinem Buch die klare Ehrlichkeit hinsichtlich der Unterscheidung von drei Ebenen bewundert: der Ebene der Beschreibung dessen, was abgelaufen ist, der Ebene der Beschreibung dessen, was Zdenek Mlynar damals dachte, tat und weshalb er es tat, und der dritten Ebene, von den ersten beiden ganz klar unterschieden, die Meinung, die er im nachhinein zu den beiden Vorgängen hatte, sowohl zu den Ereignissen als auch zu seinen früheren Gedanken und Motiven. Gerade letzteres ist, glaube ich, etwas, was uns in bezug auf die Beschreibung der Fragen, die uns hier beschäftigen, insgesamt sehr guttut. Deshalb an dieser Stelle dieser persönliche Dank.

Ich will jetzt auf einige Sachfragen kommen. Es ist schon gestern die Diskussion über die Bedeutung Gorbatschows geführt worden. Es wurde die Frage gestellt, wieweit es in der Sowjetunion eine Reformelite gegeben hat. Ich bin dankbar, daß mit dem, was jetzt noch einmal gesagt worden ist, meiner Meinung nach klar bestätigt wurde, daß es eine solche Reformelite gab und daß gleichzeitig ihre Begrenzung auf eine Reform des sozialistischen Systems und der Wirtschaft deutlich herauskam.

Drei Fragen hätte ich, und zwar insbesondere an die nicht in Deutschland lebenden Gäste. Erste Frage: Die tschechischen Gäste sprachen von der moralischen Haltung, der inneren Notwendigkeit, die man in sich fühlte, die man immer nur erst einmal für sich selbst haben kann, nämlich ein Leben in der Wahrheit zu führen. Wir haben dies – auch ich selbst – früher so ausgedrückt, daß man sich, auch wenn man nicht unbedingt glaubt, politischen Erfolg mit dieser Haltung zu haben, morgens noch im Spiegel anschauen können muß. Dies ist ein ganz wichtiges Motiv moralischen politischen Handelns. Wann hat sich dieses Motiv in der Tschechoslowakei um den Aspekt erweitert, daß man wirklich glaubte, daß sich das System durch das konkrete politische Aktivsein verändern läßt? Kann man da Zeitpunkte angeben? Das ist natürlich schwierig; aber eine Antwort auf meine Frage wäre für mich interessant.

Meine zweite Frage ist von Zdenek Mlynar zum Teil schon beantwortet worden. Sie bezieht sich auf den Beitrag, den die Opposition in Ostmitteleuropa für die Veränderung des Herbstes 1989 und die Gesamtveränderung, die natürlich schon vorher ansetzte, geleistet hat. Es wird oft so dargestellt, als wenn die gesamten Veränderungen, die im Osten Europas passiert sind, eigentlich nur ein Reflex auf das Handeln im Westen sind. In bin da anderer Meinung; auch Zdenek Mlynar hat darüber gesprochen. Ihre Einschätzung, wie man die Gewichte verteilen kann, wäre mir wichtig.

Das letzte, eine sehr aktuelle Frage: Welche Lehren ziehen wir aus der Vergangenheit, aus der Auseinandersetzung über Stabilität und Menschenrechte, also über die Grundfragen der Ostpolitik, wenn wir uns z. B. unser Verhältnis zu China ansehen? Wir haben im Bundestag im Laufe des letzten Jahres so manche Debatte zu dieser Frage geführt. Die Bundesregierung hat entsprechend gehandelt. Es ist klar, daß Deutschland nicht unberücksichtigt lassen will, daß China eine Stimme im Sicherheitsrat hat. Aber was ist Ihre Meinung: Wie sollte man z. B. China gegenüber reagieren, wenn man Lehren aus der Ostpolitik ziehen will?

Abg. Koschyk (CDU/CSU): Meine erste Frage richtet sich an Frau Sabatova. Mir ist aufgefallen, daß Sie bei der Beschreibung der theoretischen Grundlage der Charta 77 in weitaus stärkerem Maß auf die politischen Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen als auf die KSZE abgehoben haben. Herr Poppe hat im Hinblick auf die Formulierung der theoretischen Grundlagen der Gruppe Frieden und Menschenrechte sehr stark die KSZE betont. Ich sage das deshalb,

weil es nahegelegen hätte, wenn sich die Charta 77 sehr stark auf die KSZE berufen hätte. Wir haben schon gestern die Diskussion darüber bei uns anklingen lassen. Es gab auch in Deutschland eine Diskussion. Sie wurde bei uns damals sehr stark mit einer Skepsis gegenüber der KSZE geführt. Diese Skepsis gegenüber der KSZE existierte nicht, weil man den Prozeß der Annäherung, den Prozeß des Dialoges nicht wollte, sondern weil wir die Befürchtung hatten, die KSZE werde zu einem Instrument der Zementierung des Status quo.

Ein Mann, der damals die Position der Union formuliert hat, Mertes, hat immer sehr eindrucksvoll gesagt: Wenn ihr die Menschenrechte in den Staaten des kommunistischen Ostblocks einklagen wollt, habt ihr in den politischen Menschenrechtspakten eine viel stringendere Grundlage, weil sie eine völkerrechtliche Grundlage darstellen, als in der KSZE, die eher eine politische Absichtserklärung gewesen ist. Mich würde, Frau Sabatova, Ihre Einschätzung damals bei der Formulierung der Basiserklärung der Chartisten im Hinblick auf die KSZE interessieren, weil Sie hier sehr stark auf die politischen Menschenrechtspakte als theoretische Grundlage der Charta 77 abgehoben haben.

Eine weitere Frage, die sowohl an Frau Sabatova als auch an Herrn Poppe geht. Ich habe neulich durch Zufall in Reiner Kunzes Buch „Deckname 'Lyrik'“ die eindrucksvolle Geschichte über eine Lesung in Böhmen und die drei Versionen darüber von Stasi, tschechischem Sicherheitsdienst und der DDR-Botschaft in Prag gefunden. Daher meine Frage: Wie hat sich eigentlich das Zusammenspiel zwischen Chartisten und Oppositionellen in der Literaturszene der damaligen DDR ausgewirkt? Wer Reiner Kunze kennt, weiß um sein großes Engagement für den böhmischen Raum und auch um seine Kenntnisse in tschechischer Literatur. Mich würde interessieren, welche Dimension das Wechselverhältnis für die, wenn ich das so sagen darf, oppositionelle Lyrik und oppositionelle Literatur in der DDR hatte.

Eine Frage an Herrn Mlynar. Ich fand es sehr eindrucksvoll, wie Sie über Ihr Gespräch seinerzeit mit Gorbatschow berichtet haben. Hat es damals irgend jemanden auf seiten der deutschen Kommunisten der damaligen DDR gegeben, mit dem Sie sich hätten vorstellen können, ähnlich zu sprechen wie mit Gorbatschow?

Eine letzte Frage. Herr Poppe, Sie haben in ein, zwei Sätzen etwas – ich will nicht „resignierend“ sagen – bedauernd ausgeführt: Die Chartisten haben sehr schnell von der Illusion des demokratischen Sozialismus Abstand genommen. Wir haben den demokratischen Sozialismus in einen Text wieder hineingeschrieben. Der Prager Appell hat sich sehr eindrucksvoll – ich sage das jetzt einmal so – auch zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zur Souveränität der Nationen bekannt. Wir haben das in Europa eingepackt; wir haben das nicht so formuliert. – Woran lag es, daß man bei solchen

Positionen wie „Illusion eines demokratischen Sozialismus“, „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ oder auch im Hinblick auf die nationale Frage – ich spreche das jetzt einmal sehr deutlich aus – nicht so konsequent gedacht und auch formuliert hat, wie das beispielsweise die Prager Chartisten in dem Prager Appell getan haben?

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Vielleicht darf ich eine unpolitische Zwischenbemerkung machen. Ich fand es sehr schön, daß Sie daran erinnert haben, daß Reiner Kunze derjenige ist, der sich sehr für die tschechische Literatur engagiert. Er hat eine phantastische Übersetzung der Lyrik von Jan Skacel gemacht. Diejenigen, die es interessiert, sollten einfach einmal zu den Büchern von Jan Skacel greifen.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Ich habe zwei Fragen, und zwar eine an Sie, Herr Kollege Mlynar, und eine weitere an Herrn Poppe, die im Mittelpunkt unserer eigentlichen Arbeit stehen müßten.

Herr Kollege Mlynar, Sie haben angedeutet, daß es kaum nennenswerte Kontakte zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei gegeben habe. Sie haben den Direktor des Instituts für internationale Beziehungen genannt. Mit ihm hatten wir sehr gute Kontakte. Es gab natürlich schon Beziehungen. Es wäre eine interessante Frage, zu untersuchen – vielleicht können das später einmal Forscher herausfinden –, ob es nicht doch Unterstützungsmaßnahmen ideeller Art gegeben hat, um den Reformprozeß auf Ihrer Seite zu unterstützen. Aber das ist nicht mein eigentliches Thema.

Ich meine, etwas anderes interessiert uns vielleicht noch mehr, nämlich die Frage: Wenn es in Reformkreisen Überlegungen, wie angedeutet, zur Veränderung des sozialistischen Systems gegeben hat, hat sich damit auch bei Ihnen, in Ihren reformfreudigen Kreisen, etwas im Hinblick auf die Einstellung gegenüber der deutschen Frage geändert? Es ist für uns natürlich wichtig, zu wissen: Wäre von dorther gesehen eine ganz andere innere Einstellung denkbar gewesen, so wie es auch unter Gorbatschow der Fall gewesen ist, nämlich die Offenheit der deutschen Frage und nicht eine Entscheidung, die von den Vertretern der SED immer wieder klar herausgestellt worden ist?

Es gab ja Alternativen. Wir haben in unserer Kommission über eine Variante der Deutschlandproblematik noch gar nicht gesprochen, die aber möglicherweise in Ihren Kreisen diskutiert worden ist, nämlich das, was wir generell mit dem sogenannten Modell Österreich umschreiben. Warum wäre es nicht denkbar gewesen, auch im Interesse der Tschechoslowakei, eine Demokratisierung der DDR im Sinne dessen, was im Endergebnis in Österreich herausgekommen ist, zu erreichen? Wäre das etwas, was für Sie akzeptabler gewesen wäre, auch vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung: kein übermächtiges Deutschland, aber die Demokratisierung des nördlichen, des sozialistischen Nachbarn im Sinne Ihrer Vorstellungen? Vielleicht könnten Sie sich dazu ein

wenig äußern: Welche Modelle hatten Sie im Hinblick auf die künftige Lösung der deutschen Frage – natürlich eine friedliche Lösung – im Auge?

Die zweite Frage, die ich stellen möchte und die uns in den nächsten Wochen noch sehr intensiv beschäftigen wird, ist die von Herrn Poppe angedeutete. Ich kann Ihnen nicht ganz folgen, lieber Herr Poppe. Der Grundfehler des Konzepts „Wandel durch Annäherung“ und der Ostpolitik sei vor allen Dingen die Annäherung an die Mächtigen mit all den Konsequenzen für die oppositionellen Strömungen gewesen. Ich kann und will das jetzt im Augenblick nicht vertiefen; das wird wissenschaftlich aufzuarbeiten sein. Aber sollte man nicht doch gerechterweise die beiden Funktionen klar herausstellen – das wäre meine Frage an Sie –: zum einen von Regierung zu Regierung zu versuchen, über Kooperation den Handlungsspielraum a) des eigenen Landes in den sozialistischen Staaten zu erweitern und b), damit verbunden, den Druck auf Oppositionelle zu verringern, und zum anderen gleichzeitig von Gesellschaft zu Gesellschaft zu versuchen – ich könnte dazu zahlreiche Beispiele anführen –, Kontakte zu denen herzustellen, die dem System oppositionell-kritisch gegenüber eingestellt waren? Wir haben das in der Sowjetunion auf diesen beiden Ebenen versucht. Ich kann nur sagen: mit einem beachtlichen Erfolg. Sie sollten sich dazu noch einmal dezidierter äußern.

Aus Ihrer Position heraus habe ich das voll verstanden. Diejenigen, die in der Opposition standen, z. B. in der DDR, haben es als schmerzlich empfunden, daß die Regierungen es jahrelang vermieden haben, mit ihnen Kontakt herzustellen. Ich weiß das auch aus Polen. Ich weiß, daß unsere Freunde in der Solidarität das als schmerzlich empfunden haben. Aber dazu würde ich sagen: Hier wird man doch von den unterschiedlichen Ebenen ausgehen müssen, wahrscheinlich von einer Art Rollenverteilung, ohne daß dahinter eine Strategie stand. Denn der Grundgedanke der Ostpolitik war natürlich nicht nur, den Status quo zu erhärten oder die Macht der Herrschenden drüben im Sozialismus zu stabilisieren, sondern die Ostpolitik wurde auch in der Gewißheit betrieben: Nur durch eine Auflockerung der Positionen der Mächtigen kann man langfristig den evolutionären Prozeß überhaupt fördern. Das heißt, ganz sensibel in der Zusammenarbeit mit oppositionellen Strömungen zu verfahren.

Ich verkenne keineswegs, daß vieles versäumt worden ist, meine aber dennoch, daß diese doppelte Strategie – von Regierung zu Regierung und von Gesellschaft zu oppositionellen Kräften – im Endergebnis wahrscheinlich – ich werde das vorsichtig formulieren – die richtigere und effizientere gewesen ist, als etwa von der Regierung zu erwarten, daß sie sich mit der Opposition in den sozialistischen Staaten in Verbindung setzt. Das hätte natürlich wieder zu einer Versteifung der Fronten auf seiten der Herrschenden geführt, und das

konnte nicht Ziel der Auflockerungsübungen im Rahmen des Korbes III von Helsinki sein.

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Ich möchte unter uns gerne Herrn Dr. Jerzy Sulek, Gesandter der Polnischen Republik, Außenstelle Berlin, und Herrn Ivan Majer, Gesandter der Slowakischen Republik, begrüßen. Seien Sie herzlich begrüßt. (Beifall)

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Meine erste Frage bezieht sich auf die Tschechoslowakei. Es ist immer mißlich zu fragen: Was wäre, wenn? Aber ich würde Herrn Mlynar doch gerne fragen: Wenn die Warschauer-Pakt-Staaten nicht interveniert hätten, im übrigen aber die Entwicklung in Osteuropa ähnlich weitergegangen wäre, wie würde die Entwicklung in der Tschechoslowakei dann weitergelaufen sein? Hätte sie sich etwa auf einer reformkommunistischen Linie festhalten lassen, oder wäre sie nicht über längere Frist in ein anderes Modell, das stärker einem westlichen Modell entsprochen hätte, überführt worden? Es würde mich interessieren, wie man von heute her die Tragfähigkeit des reformkommunistischen Ansatzes aus Ihrer Sicht beurteilen würde.

Meine zweite Frage bezieht sich gleichsam auf die Oppositionsbewegungen in Osteuropa aus komparativer Sicht. Gerd Poppe hat ausgeführt, daß in der DDR alles viel später und wohl auch unzulänglicher gewesen sei. Dies hätte ich gerne von allen kommentiert, auch aus der Sicht der Tschechoslowakei und von Gerd Poppe selbst. Ich würde gerne die Gründe benannt haben. Es gibt eine Reihe von Theorien: daß die Opposition schwächer war, die Fluchtbewegung in den Westen, Spätfolgen des 17. Juni 1953, ein effektiveres Repressionssystem usw. Oder sind es langfristig wirkende Faktoren oder bestimmte Festlegungen politischer Kultur in Deutschland, die sich in irgendeiner Form ausgewirkt haben? Ich würde gerne eine Einschätzung haben, wo die wesentlichen Faktoren sind.

Meine dritte Frage, die ziemlich zentral ist, bezieht sich auf das Verhalten des Westens: Wie hat der Westen auf das Scheitern des Prager Frühlings reagiert? Hat er alles in allem richtig oder falsch reagiert? Das ist doch eine der zentralen Fragen.

In diesem Zusammenhang würde ich gerne eine kleine Anmerkung einschleusen. So wichtig die inneren Verhältnisse in Osteuropa selbstverständlich gewesen sind, so hat doch die westliche Politik natürlich immer versuchen müssen, verschiedene Dinge zu kombinieren. Da war z. B. immer der Sicherheitsaspekt, der eine große Rolle für die Außenpolitik spielte. Da gab es die wirtschaftlichen Interessen. Da gab es in einem weiteren Sinne die Systemkonkurrenz. Die Politik folgt ja nicht vorrangig idealistischen Zielen: das, was man für die eigenen Interessen hielt, war in der westlichen Politik selbstverständlich leitend.

Ich stelle nicht in Abrede, daß die Frage der inneren Verhältnisse in

Osteuropa, etwa der Menschen- und Bürgerrechte, eine größere Rolle in der westlichen Politik hätte spielen müssen. Aber es wäre weltfremd, anzunehmen, daß Außenpolitik nicht auch die anderen Faktoren zu berücksichtigen hätte. Gerade die Sicherheitspolitik hat eine große Rolle im westlichen politischen Kalkül gespielt.

Vor diesem Hintergrund gefragt: Ist es nicht letztlich die westliche Politik, die Entspannungspolitik, wie das etwa Mlynar gesagt hat, auch deshalb sinnvoll gewesen, weil sie die Bedrohungsängste, die es auf Grund des historischen Erbes, auf Grund der Erinnerung und auf Grund deutscher Politik gegeben hat, abbauen konnte, so daß später nicht mehr in ähnlicher Weise wie in Prag verfahren werden konnte? Das hat auch Garton Ash gesagt. Das Klima hat sich auf Grund der Entspannungspolitik auch in Osteuropa verändert. Ist diese für die inneren Verhältnisse bedeutsame Veränderung nicht auch der Entspannungspolitik alles in allem gutzuschreiben?

Weiterhin: War der KSZE-Prozeß nicht ein entscheidendes Moment, um die Verhältnisse in Osteuropa aufzulockern? In diesem Zusammenhang, Herr Ash, an Sie eine Frage. Sie zeigen in Ihrem Buch – sie haben das hier eben auch wieder gesagt –, daß viele Folgen der Politik geradezu paradox waren, daß gerade das, was man annahm, daß es die Folge des eigenen Handelns sein würde, nicht eintrat und daß andere Dinge eingetreten sind. Aber heißt dies nicht, insgesamt betrachtet, daß im Grunde genommen westliche Politik allenfalls Rahmenbedingungen für die Veränderung der Verhältnisse in Osteuropa schaffen konnte, während alle unmittelbaren Einflußnahmen Gefahr liefen, sozusagen kontraproduktiv im Sinne der Interessen zu sein? Jedes mechanische Politikmodell mußte – so meine ich – auf Grund der Verhältnisse in Osteuropa scheitern, so daß es eher um die Rahmenbedingungen, um die Atmosphäre und um die Ermöglichung von Entwicklungschancen, auch von Demokratisierung, in Osteuropa in der westlichen Politik gehen mußte, während jede unmittelbare Einflußnahme in der Tat Repressionsmechanismen auslösen mußte.

Ich möchte also die im Westen vielfach verengte Diskussion gerne aufbrechen, die alle Prozesse in Osteuropa gleichsam als eine Folge westlicher Politik sieht. Mußte sich der Westen nicht sinnvollerweise darauf beschränken, den Versuch zu machen, die Rahmenbedingungen für die Veränderungsmöglichkeiten in Osteuropa zu verbessern?

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Meine Fragen bzw. Überlegungen richten sich an unsere beiden Gäste aus Prag. Sie hatten, wenn ich Zeitungsartikel richtig verfolgt habe, in Prag und in der Tschechischen Republik viele Diskussionen über das Jahr 1968. Wenn ich das richtig sehe, gibt es da sehr, sehr unterschiedliche Meinungen. Sie, Frau Sabatova, haben das eben mit einer Handbewegung ein bißchen weggetan. Ich würde gerne etwas über die

Diskussion, was der Prager Frühling 1968 und in Verfolg 1977 war, die bei Ihnen in den Wochen zuvor stattgefunden hat, hören.

Mich würde interessieren – dies scheint mir eine zentrale Frage für das oppositionelle Verhalten in Polen und auch in der DDR zu sein –: Was wollte man? Sie, Professor Mlynar, haben eben gesagt: Sie wollten einen Reformkommunismus. Sie wollten eine Reform hin zu einem demokratischen Sozialismus oder wie immer man das im einzelnen nennen mag. Aber Sie wollten nicht aus dem Kommunismus aussteigen, sondern Sie wollten einen reformierten Kommunismus. – Meine Frage wäre: Wollte das auch die Charta 77, oder wollte sie nicht im System bleiben? Sie sind für Menschenrechte eingetreten; das habe ich verstanden, und das haben Sie sehr dezidiert dargestellt. Meine Frage ist: Welche politische Ordnungsvorstellung haben Sie konkret gehabt? Man muß das Für-Menschenrechte-Sein und Für-Freiheitsrechte-Sein in eine Ordnung einkleiden. Welche Ordnung war das? Vielleicht gab es Unterschiede zwischen 1968 und 1977 – ganz sicher sogar.

Ich fand wirklich interessant, Professor Mlynar, daß Sie auf ein Gespräch mit Gorbatschow abgehoben haben. Offensichtlich muß das Anfang oder Mitte der sechziger Jahre gewesen sein

(Prof. Dr. Zdenek Mlynar: 1967!)

– 1967 genau, gut –, also in einer Zeit, als man von Gorbatschow noch nicht sehr viel wußte, jedenfalls wir hier.

(Gerd Poppe, MdB: Überhaupt nichts!)

– Ich drücke das etwas vorsichtiger aus. Aber es gab Andropow. Es gibt eine Linie der Sowjetunion, die aus dem ZK, aus dem KGB kam.

Ich fand es interessant – jetzt komme ich zu Garton Ash –, daß Sie sagen: Gorbatschow hat noch sehr spät den Ideen des Prager Frühlings angehangen. Ich denke, auch bei uns in der Bundesrepublik Deutschland haben eine Menge Menschen noch sehr spät, bis in die achtziger Jahre hinein, vielleicht sogar bis in den Vereinigungsprozeß hinein, den Ideen eines reformierten Sozialismus angehangen. Vielleicht resultieren daraus die Sperren gegen die Wiedervereinigung und gegen den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland mit ihrem nichtsozialistischen System.

Welchen konkreten Ordnungsvorstellungen – ich betone: freiheitlichen Ordnungsvorstellungen, damit kein Mißverständnis entsteht; ich meine keinen Kommunismus diktatorischer Art – haben die Menschen in Polen – darüber reden wir heute nachmittag –, bei Ihnen in Prag in der damaligen Tschechoslowakei und auch viele Oppositionelle in der DDR angehangen? Mein Eindruck ist, wenn ich das noch einmal sagen darf – ich sage das mit allem Respekt vor dem, was geleistet worden ist –: Viele Menschen und auch Oppositionelle in der damaligen DDR wußten mit der Ordnung in wirtschaftlicher und in staatlicher Hinsicht, wie wir sie in der Bundesrepublik Deutschland haben, nicht

viel anzufangen. Um es einmal sehr überspitzt zu sagen, Herr Poppe: Hat sich Ihre Zielvorstellung, was die Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung angeht, möglicherweise stärker an dem oppositionellen Geist der 68er als am positiven des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland orientiert? Diese Frage würde ich gerne in den Raum stellen.

Sv. Dr. Armin Mitter: Meine Frage richtet sich an Herrn Garton Ash. Sie knüpft in gewisser Weise an die Frage von Herrn Jacobsen an Herrn Poppe an. Herr Garton Ash, Sie haben meines Erachtens völlig zutreffend davon gesprochen – Sie haben das sehr vorsichtig formuliert –, daß bestimmte Teile innerhalb der SPD noch bis 1989 – vielleicht sogar noch darüber hinaus – Vorstellungen von der Reformierbarkeit des sozialistischen Systems hatten. Auch Frau Dr. Wilms hat dazu Ausführungen gemacht. Ich glaube, man kann das nicht nur auf Teile der SPD beschränken. Ein großer Teil der politischen Klasse in der Bundesrepublik hat noch bis weit in das Jahr 1990 hinein solche Vorstellungen vertreten.

Meine erste Frage: In welcher Weise, glauben Sie, haben diese Vorstellungen erstens den Auflösungsprozeß beeinflußt, insbesondere was die Betroffenen angeht, und zweitens das Denken innerhalb der bundesdeutschen Hauptstadt?

Meine zweite Frage: Glauben sie nicht, daß gerade diese Vorstellungen auch eine Langzeitwirkung weit über die Vereinigung hinaus, in diesem konkreten Fall in Deutschland, haben? Wenn Sie diese Frage bejahen, dann würde mich interessieren, welche Langzeitwirkung das haben wird.

Abg. Frau Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Ich glaube, man muß zunächst einmal dankbar feststellen, daß der Prager Frühling eine ungeheure Leistung war und letztlich den Indizienbeweis dafür erbracht hat, daß, wie Herr Garton Ash so schön formulierte, der Kommunismus wie gebratene Schneebälle oder etwas ähnliches ist. Herr Garton Ash, einmal ganz krass – ich bitte um Differenzierung und Verfeinerung; die letzten Redner haben es schon sehr deutlich angesprochen –: Muß man nicht eigentlich sagen, daß die 68er – Dutschke und die, die ihm nachfolgten –, eine veraltete Politik gemacht haben? Haben sie nicht gemeint, daß der Sozialismus mit menschlichem Gesicht bzw. der Kommunismus mit menschlichem Gesicht herstellbar sei, daß im Grunde genommen ähnlich veraltet die Bonner Linke und letztlich auch Gorbatschow dachte, so daß das schreckliche oder das gute Wort von ihm, „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, und auch Jelzins Weg plötzlich in einem ganz anderen Licht erscheinen?

Das Ganze ist wohl – im Moment stellt es sich so dar – die Unfähigkeit gewesen, wirklich zu begreifen, was Kommunismus von seiner Struktur her bedeutet. Dadurch entstanden Entwürfe für eine DDR-Verfassung, die noch immer – Herr Poppe hat das angedeutet – auf dem basierte, was von den 68ern an – ich greife Frau Wilms Frage auf – gedacht wurde. Was von den 68ern an, Herr Poppe, gedacht wurde, ist das nicht – leider irrtümlicherweise, würde

ich jetzt sagen – bei den Oppositionellen in der ehemaligen DDR fortgeführt worden, so daß Vorbehalte gegen die Wiedervereinigung kamen? Hat nicht das, was oft verachtet wurde und geradezu reaktionär erschien, nämlich das Festhalten an einer klaren antikommunistischen Haltung bei aller Bereitschaft und aller Offenheit, gerade mit den Betroffenen, aber auch mit Politikern der anderen Seite zu sprechen, letztlich auf der einen Seite zum immer besseren Aufbau im Westen und auf der anderen Seite zu einem Abwarten, aber auch Erwarten des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in den sozialistischen Ländern in der Verbindung mit dem Ausland, die Unterstützung gab, geführt? Hat sich das nicht letztlich als zukunftsreich in der Politik erwiesen?

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Meine Fragen richten sich an Frau Sabatova. Sie haben darüber berichtet, die Kontakte zwischen der Charta 77 und den Menschenrechtsgruppierungen in der DDR hätten im wesentlichen deswegen stattgefunden, um sich über die Art und Weise der Unterdrückung in beiden Staaten auszutauschen. Mich würde interessieren, Frau Sabatova: Wie sahen – vielleicht könnten Sie uns das noch einmal in Erinnerung rufen – die Methoden der Repression von staatlicher Seite Ihrer Organisation gegenüber eigentlich aus? Hat es bei Ihren Kontakten mit den DDR-Gruppierungen Hinweise darauf gegeben, daß diese Methoden in der DDR und in der CSSR identisch waren?

Beim Stichwort „Repression“ fällt mir noch eine andere Frage ein und ich würde Sie bitten, im Blick auf spätere Diskussionen in unserer Kommission hier Position zu beziehen. Das Stichwort „Repression“ bedeutet hierzulande in hohem Maße Diskussion über das Stasi-Problem. Sie haben eine ähnliche Organisation in der CSSR gehabt. Wie gehen Sie heute mit den Vertretern dieses Organs eigentlich um? Um es zuzuspitzen: Hierzulande gibt es zwei große Richtungen. Die einen sagen: Schwamm drüber. Man soll das vergessen, man soll mit diesen Leuten „normal“ umgehen; sie sollen weiter Ihrer Tätigkeit bei der Polizei oder in der freien Wirtschaft nachgehen. Die anderen sind der Meinung – und ich denke, dafür steht u. a. diese Kommission –: konsequente Aufarbeitung. Wie ist dieses Problem eigentlich in der Tschechischen Republik „gelöst“? Ist das dort überhaupt ein Problem? Wie behandeln Sie diese Leute? Schicken Sie sie in die freie Wirtschaft mit irgendwelchen Hilfgeldern, vielleicht von der KPC?

Sv. Prof. Dr. Herbert Wolf: Ich möchte einige Fragen an Herrn Mlynar richten. Doch es ist mir ein Bedürfnis, ihm vorher meinen Respekt und meinen Dank auszusprechen für sein entschlossenes, prinzipienfestes Engagement in dem Hauptteil seines Lebens, dem auch seine heutigen Darlegungen entsprochen haben. Ein solches entschlossenes und prinzipienfestes Engagement hat es zumindest in der damaligen Zeit in der DDR kaum gegeben. Das ist eines unserer Probleme.

Meine erste Frage. Es war in der DDR nicht schwer, zu begreifen, daß der

Einmarsch der Panzer in Prag und in anderen Bereichen der damaligen CSSR eigentlich die Totenglocke für eine Bewegung der Reform war, die sozusagen von oben und von unten zugleich, wie Sie es richtig formuliert haben, voranging. Dennoch bleibt eine Frage, die in der Diskussion schon angesprochen wurde. Die gleiche Reformmethode, wenn man so will, war immerhin a) überhaupt noch denkbar und b) sehr konkret denkbar innerhalb der Sowjetunion. Nach meinen Eindrücken, will ich jetzt etwas vorsichtig sagen, gab es sowohl Ende 1968, noch mehr aber in den siebziger Jahren in der UdSSR nicht wenige, wie wir zu sagen pflegten, objektive Gründe, Anlässe und Ursachen, aber auch eine nicht geringe subjektive Bereitschaft bestimmter Kräfte, zu solchen Reformen zu kommen. Das mußte ja nicht erst 1985 heißen. Zumindest die Hoffnung bestand bei nicht geringen Kreisen innerhalb der DDR, daß das vielleicht schon 1975, 1976, 1977 oder 1978 gewesen wäre. Da hätte manches auch für die innere Reform in den anderen damals sozialistischen Ländern anders aussehen können. Meine Frage ist, ob auch Sie das so einschätzen.

Ich habe eine zweite Frage. Sie haben die sehr interessante Bemerkung gemacht, daß der Sturz Chruschtschows falsch eingeschätzt wurde, nämlich nur als eine Art Veränderung und Austausch der Figuren. Ich persönlich habe den Eindruck, daß sehr vieles dafür spricht und eigentlich auch recht früh dafür gesprochen hat, daß mit diesem Wechsel der Führungsmannschaft in Moskau ebenfalls ein Wechsel der Strategie eingeleitet wurde, die ich folgendermaßen bezeichnen möchte – das ist meine persönliche Auffassung –: Strategie des Verteidigens des Status quo um jeden Preis, buchstäblich um jeden Preis. Dem entsprach das Verhalten in bezug auf die Reformen insbesondere in der damaligen CSSR, da Breschnew die Konsequenzen sah. Ihre interessante Bemerkung möchte ich in diesem Zusammenhang einordnen. Meine Frage ist, ob ich das richtig sehe. Sie sagten etwa: Ohne Unterdrückung des Prager Frühlings wäre es Breschnew aus seiner Sicht nicht möglich gewesen, Helsinki zu unterschreiben. Das würde ich in diesem Zusammenhang sehen. Nachdem er im eigenen Einflußbereich eine Art Friedhofsruhe erreicht hatte, konnte er versuchen, sich nach außen sozusagen abzuschirmen.

Meine dritte und letzte Frage. Sie haben die Bemerkung gemacht, es sei ein Fehler gewesen, daß wir uns isoliert haben, statt Unterstützung zu suchen. Ich möchte nicht gerade „Unterstützung“ sagen, aber vielleicht „eine Art flankierender Zusammenschluß“; denn es hat sich damals einiges bewegt. Es gab natürlich erhebliche Diskussionen, auch einige Ansätze in der Sowjetunion selbst. Aber es gab ähnliches in der DDR und in Ungarn, von Polen ganz zu schweigen, das in dieser Richtung eigentlich nie ganz auf Linie oder in Reihe gebracht wurde – spätestens seit 1956. Meine Frage ist: Wie haben eigentlich die tschechoslowakischen Reformier die Möglichkeit gesehen, auf unterschiedlichen Ebenen – das mußte nicht unbedingt die Spitze sein – eine

Art flankierenden Zusammenschluß mit anderen sozialistischen Ländern zu erreichen?

Abg. Frau Barbe (SPD): Als erstes möchte ich meinen Dank der Charta 77 gegenüber zum Ausdruck bringen, indem ich Anna Sabatova danke, die ich bis jetzt nicht persönlich kennengelernt habe. Aber es war für uns im Oktober 1989, als wir schon demokratische Strukturen aufbauten, unheimlich bedrückend, zu erleben, daß es in der Tschechoslowakei Verhaftungen gegeben hat. Ich erinnere mich, daß wir damals versuchten, ein Solidaritätstelegramm an Václav Havel zu schicken – ich weiß nicht, ob es angekommen ist –, sozusagen als erste Amtshandlung der neu gegründeten Sozialdemokratischen Partei, weil wir ihm gegenüber unsere Solidarität zum Ausdruck bringen wollten. Deshalb freue ich mich besonders, daß Sie hier sind und daß Sie gesprochen haben. Die Verbindung zu den anderen osteuropäischen Oppositionsgruppen war für uns damals sehr wichtig. Wir wußten, wir waren in Europa nicht alleine. Wir haben uns gewünscht, daß es auch in der Tschechoslowakei so bald wie möglich zu einer geglückten Reformbewegung kommen sollte. Das ist im November auch passiert.

Meine Frage an Sie, Frau Sabatova: Welchen Beitrag sollte Deutschland jetzt zur Unterstützung demokratischer Strukturen generell in Osteuropa, aber auch weltweit leisten? Denn die Erfahrungen aus dem Erlebnis 40 Jahre DDR haben mir gezeigt, daß es wirklich notwendig ist, den schwierigen Prozeß der Demokratisierung überhaupt in Gang zu bringen, zumal wir jetzt in Osteuropa sehen, daß es zu einem Wiedererstarken der Altkommunisten kommt, und zwar deshalb, weil sich dort vor allen Dingen Nostalgie, eine Schönfärberei dessen, was gewesen ist, und eine Verunglimpfung von Demokratie breitmacht.

Eine Frage an Herrn Garton Ash. Herr Jacobsen hat gesagt, er könne Herrn Poppe nicht folgen. Es müsse immer eine Rollenverteilung, ein Rollenspiel geben. Meine Frage ist: Ist es nicht unsere Aufgabe als Politiker, sich immer auf den Standpunkt derer zu stellen oder sich in die Rolle derer einzufühlen, die unterdrückt sind, die gerade in Diktaturen keine Chance haben, sich zu artikulieren? Ist es nicht unsere Aufgabe, nicht nur die Regierungskontakte zu pflegen, sondern uns auch mit den anderen zu solidarisieren und für deren Rechte einzutreten? Das sehe ich genauso wie Herr Meckel. Ich habe große Probleme, wenn ich die offizielle China-Politik betrachte.

Die nächste Frage. Es wird immer behauptet, daß die Stabilisierung der DDR-Verhältnisse für die Entspannungspolitik günstig war. Ich frage mich aber, da ich das alles auf der anderen Seite erlebt habe, ob überhaupt nicht zur Kenntnis genommen worden ist, daß die Machthaber durch jeden erschüttert waren, der einen Ausreiseantrag stellte, der eine neue Oppositionsgruppe gründete, der sich öffentlich äußerte, der nicht wählen ging. Es konnte – so sehe ich das – offiziell doch gar nicht so viel besänftigt werden, wie im

Inneren die Machthaber durch den täglichen Widerstand der kleinen Leute erschüttert worden sind.

Auch meine letzte Frage geht an Herrn Garton Ash. Sie sagen, die Schönfärberei, die die DDR durch die offizielle westliche Politik erfahren hat, hat zur Entmündigung der Ostdeutschen beigetragen. Auch ich sehe da ein Stückchen Wahrheit. Mich verwundert immer wieder, daß das Volk in der DDR, das die Revolution gemacht hat, so wenig Selbstbewußtsein hat und so sehr unter Minderwertigkeitskomplexen leidet. Hat das tatsächlich auch damit zu tun, daß diese Minderwertigkeitskomplexe jahrelang schon vor 1989 gestärkt worden sind?

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Ich bin in der etwas eigenartigen Situation, daß ich, obwohl ich einer der innerparteilichen Kritiker eines eindimensionalen Stabilisierungsbegriffs in den achtziger Jahren in meiner eigenen Fraktion und Partei war, jetzt trotzdem Argumente geltend machen muß, die versuchen, die rationalen Überlegungen der anderen zumindest in eine gewisse Legitimität zu bringen.

In dem ursprünglichen Konzept „Wandel durch Annäherung“ war das ein-dimensionale Verständnis von Stabilisierung nicht enthalten, nicht nur im Hinblick auf Begriffe wie „Aggression auf Filzzlatschen“, so Otto Winzer, sondern auch hinsichtlich vieler anderer Aktionen bis hin in den Sommer und Herbst 1989 hinein durch die Stasi, die die etwa 160 Oppositionsgruppen der ehemaligen DDR allesamt als Agenturen westlicher Subversion ansah – zu Unrecht in dem großen Umfange, aber das war die Wahrnehmung. Man muß jedenfalls sehen, daß der Begriff „Stabilisierung“ seine Eigendynamik hatte und sozusagen noch nicht einmal das, was ursprünglich in dem Konzept enthalten war, nämlich stabile Entwicklung, wobei der Akzent auf beiden Worten lag, erfüllt wurde.

Herr Garton Ash hat zu Recht auf solche sehr paradoxen Entwicklungen hingewiesen, daß die Illusionen der einen, die durch die Illusionen der anderen genährt wurden und praktisch etwas Drittes ergeben haben, eine ganz neue Dimension erreicht haben, weil Dritte und Vierte, die vorher gar nicht einkalkuliert waren, daran mitgewirkt haben. Wenn man weiß – wir werden das Thema noch ausführlich behandeln –, daß das Versprechen, die DDR nicht zu destabilisieren, selbst noch am 9. November 1989 von der Bundesregierung an die neue Führung unter Krenz in Telefongesprächen gegeben worden ist, dann wird deutlich, daß es immer sehr unterschiedliche Vorstellungen von Stabilisierung gegeben hat.

Man darf vor allen Dingen nicht vergessen: Es gab schon vor 1968 eine eigene Geschichte der osteuropäischen Reformbewegungen: von 1953 über 1956, und auch 1968 war tief einschneidend. Ich selbst habe 1968 als Mitarbeiter von Helmut Schmidt erlebt, der damals Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag war. Schmidt war derjenige deutsche Politiker der Spitzengarnitur,

der 1966 als erster eine lange, mehrwöchige Tour durch Osteuropa mit dem Auto unternommen hat: von Prag über Warschau nach Moskau. Er hat durchaus nicht zufällig mit Prag angefangen; denn Prag war das erste Opfer Hitlerscher Aggressionspolitik – sehen wir einmal von Österreich ab; das war eine etwas andere Problematik –, jedenfalls außerhalb des deutschsprachigen Raums. Er hatte dort intensive Verbindungen. Journalisten aus Prag gingen im Büro Schmidt ein und aus – schon vor 1966, aber auch danach. Schockartig wirkte das, was 1968 geschah. Die Lehre, die daraus gezogen wurde, war bei ihm wie bei anderen: Man muß zuerst über Moskau gehen, nicht den umgekehrten Weg. Das hat sich ganz, ganz tief eingepreßt.

Im August 1969 gab es eine Reise sowohl der F.D.P.-Spitze wie führender Vertreter der SPD – wieder Schmidt, Alex Möller und andere – nach Moskau. Sie haben getestet, wie groß die Gesprächsbereitschaft Moskaus war – übrigens nach den Ereignissen am Ussuri; das darf man nicht vergessen. Man muß also das Gesamtfeld immer wieder einbeziehen. Die Bundesdeutschen wurden, ob sie wollten oder nicht, seit Ende der sechziger Jahre immer stärker auch ein weltpolitischer Akteur.

Die folgende Bemerkung mündet in eine Frage. Illusionen über die Reformkommunisten waren sicherlich vorhanden, wobei verschiedene Leute auf ganz unterschiedliche Gruppen setzten. Wenn Sie so wollen, ist auch Jelzin noch einer der Reformkommunisten, die übriggeblieben sind. Es ist nicht so, daß die Paradoxien jetzt eingefroren sind; sie gehen weiter. Angesichts der tiefgehenden Brüche bei der Umstrukturierung der ostmitteleuropäischen Staaten und auch der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion in die Marktwirtschaft kommen die ehemaligen Reformkommunisten in neuer Gestalt, mit neuen Programmen und teilweise mit anderen Personen – das ist auch eine Frage der Generationsabfolge – wieder an die Macht, z. B. in Polen – von Jelzin habe ich schon gesprochen –, demnächst in Ungarn.

(Abg. Frh. von Schorlemer (CDU/CSU): Was heißt „demnächst“?)

– „Demnächst“ heißt: Bei den nächsten Wahlen 1994 haben sie jedenfalls erhebliche Chancen. Das wird ihnen zugemessen. Ob das so stattfindet, wissen wir noch nicht. Aber wir wissen, daß sie jedenfalls gewisse Chancen haben.

Das heißt, auch hier werden wir zwar nicht mehr die Situation wie im Herbst 1989 erleben, als gewissermaßen in Tagen die Positionen von Jahren und Jahrzehnten dahingeschwunden sind. Aber Wandel in einer anderen Gesellschaft, in einem anderen Kontext findet weiter statt, der sehr paradoxe Ursachen und Wirkungen hat; darauf wollte ich hinweisen.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich möchte zunächst einmal mitteilen, in welcher Form sich die Deutsche Demokratische Republik als Staat 1968 mit der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten einverstanden erklärt hat. Ich nenne erst einmal die Form und erkläre dann, wann und wer das gewesen ist.

„Leonid Iljitsch Breschnew: Ich möchte mich an Genossen Ulbricht wenden. Wir verstehen Sie richtig, daß Sie mit der militärischen Hilfe einverstanden sind. Walter Ulbricht: Ja.“ – Das war es. Das ist aus dem geheimen Protokoll der Sitzung der Generalsekretäre der Interventionsstaaten des Warschauer Paktes am 18. August 1968 in Moskau, das wir – der Forschungsverbund SED-Staat an der FU in Kooperation mit dem tschechischen Institut für Zeitgeschichte – zusammen mit den anderen Protokollen 1994 veröffentlichen wollen.

Aber zu diesem 18. August noch einige Anmerkungen, die in gewisser Weise Material für die Frage nach der Wandlung des realen Sozialismus mit Hilfe westlicher Entspannungspolitik sind. Am 17. August hat sich das KPdSU-Politbüro entschieden: Wir werden einmarschieren. Am 18. August wurden die Generalsekretäre nach Moskau einbestellt. Es waren Kadar aus Ungarn, Schiwkoff aus Bulgarien, Gomulka aus Polen und Walter Ulbricht aus der Deutschen Demokratischen Republik. Breschnew hat ihnen sogar Anweisungen gegeben, wie mit dieser Sitzung vor der eigenen Führung umzugehen sei. Er sagte ihnen, über diese Sitzung wird ein Protokoll in nur einer Ausfertigung angefertigt, das Sie alle unterschreiben. Das Protokoll bleibt in Moskau.

Ulbricht hat sich an diese Anweisung, wie wir aus dem Protokoll der ZK-Sitzung vom 23. August 1968 wissen, buchstäblich gehalten. Er hat sein Zentralkomitee sogar belogen. Er hat nämlich gesagt: Der Genosse Breschnew hat die Situation erklärt, und wir waren einverstanden. Dann haben wir uns über die militärischen Dokumente gebeugt, die notwendig waren. – Das stimmte nicht! Breschnew hat in der Sitzung Gomulka, der es gewagt hatte, zu fragen, ob man die Operationspläne der Militärs noch beeinflussen kann, brüsk zurechtgewiesen: Das kommt überhaupt nicht in Frage; das haben das Oberkommando und die Verteidigungsminister erledigt. Daran wird jetzt nichts mehr geändert.

Breschnew entwickelte ein politisches Szenario – das für den Ablauf der polnischen Krise 1980/81 wirklich von Bedeutung ist; deswegen werde ich das hier etwas ausführlicher darstellen –, das von folgenden Fakten ausging, die zu dem Zeitpunkt in Prag geschaffen sind, an dem die sowjetischen Panzer und Luftlandeeinheiten die Grenze überschreiten.

Erstens. Indra, Bilak und die anderen werden im Präsidium der Tschechoslowakischen KP Dubcek entmachtet haben.

Zweitens. Die zuverlässigen Freunde in Prag werden alle Massenmedien schon unter Kontrolle haben.

Drittens. „Rude Pravo“ wird auf der ersten Seite mit dem berühmten Hilferuf von Funktionären der KPTsch an die sowjetischen Genossen, den Sozialismus in der CSSR militärisch zu schützen, erscheinen.

Dies wurde in dieser Sitzung von Breschnew mit dem Gestus vorgetragen, als wäre all das schon geschehen. Es ist im Grunde das ungarische Szenario, nach dem der Prager Coup abgelaufen ist. Auch damals, 1956, hatte man Kadar gewonnen, eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung zu bilden. Zdenek Mlynar hat schon davon gesprochen, wie das in der Tschechoslowakei aussah. Kadar war 1956 immerhin nicht betrunken und hat seine Aufgaben erledigt. Die Tatsache, daß die Kollaborateure innerhalb der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei nicht funktioniert haben, hat den leichten militärischen Sieg der Sowjetunion in eine politische Katastrophe verwandelt.

Nun meine Frage an Zdenek Mlynar zur SED. Die zentrale Position, die Ulbricht „verdienstvollerweise“ in die sowjetische Interventionsargumentation einbrachte, beinhaltete zwei Punkte, die mit der deutschen Frage zusammenhängen. Erstens: die Bruchlinie war für die SED der Versuch der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, ihre innerparteilichen Strukturen zu verändern. Der Einmarsch mußte vor dem 9. September erfolgen, an dem Datum sollte der 14. Parteikongreß zusammentreten und das Statut ändern. Diese Statutenänderung hat Ulbricht als Umwandlung einer kommunistischen Partei in eine sozialdemokratische bewertet. Es war also möglich, von innen heraus die kommunistische Partei in eine sozialdemokratische – man muß dabei an die Generationsperspektive von Ulbricht denken – zurückzuverwandeln.

Der Punkt verbindet sich in Ulbrichts Argumentation mit dem nächsten Punkt. In der CSSR geschah eine neue Invasion auf „Filzlatschen“, das Wort hat Soell eben zitiert. Die neue „imperialistische Strategie“ sei nun, die Länder des realen Sozialismus aufzurollen. Ulbricht hat im Februar/März in einer ZK-Sitzung – er hat frei gesprochen – gesagt: Ihr müßt euch doch klar darüber sein – das war nach dem Nürnberger Parteitag der SPD –, daß die Sozialdemokraten uns weghaben wollen. Das Ganze läuft doch darauf hinaus: erst Prag, dann Budapest und schließlich... Auf diese Weise kommt die DDR in das vereinigte imperialistische Deutschland zurück.

Insofern hat die außenpolitische Vorsicht den Reformkommunisten überhaupt nichts genützt. Allein das Nachdenken darüber, wer aus Prag mit Bonn Verbindung aufnimmt, Anerkennungspolitik betreibt und öffentlich auftritt, wurde von Ulbricht und seinem ZK-Apparat sorgfältigst notiert und auf den Treffen der Interventionsparteien in Argumente umgewandelt, die nur noch einen Ausweg offenließen, nämlich eine militärische Lösung.

Die erste Frage an Zdenek Mlynar: Welche Rolle hat die deutsche Frage im Sinne der Wiedervereinigung und damit des Endes der DDR in Ihren Überlegungen und in den Überlegungen der Reformkommunisten damals überhaupt gespielt? Die zweite Frage: Ist die Vorstellung, die panische Angst davor, daß aus den Reihen der Reformkommunisten die Rückwandlung der

kommunistischen Partei in eine sozialdemokratische stattfindet, während des Prager Prozesses von Ihnen diskutiert und anschließend analysiert worden?

Abg. Frau von Renesse (SPD): Bei mir hat sich die hier mehrfach wiederholte Feststellung festgehakt, daß nämlich nach der tschechoslowakischen Katastrophe, zu der ich, wie ich mich erinnere, an einer der wenigen Demonstrationen in der damaligen Zeit in unserer Stadt teilgenommen habe, die natürlich sehr wenig ergiebig und sehr wenig wirkungsvoll war, die Überlegung bzw. die Möglichkeit, eine Veränderung über die Könige oder über die Fürsten zu schaffen, eigentlich abgehakt gewesen ist. Die Kombination der tschechoslowakischen Versuche über Veränderungen von unten und Veränderungen von oben gleichzeitig wurde endgültig sozusagen aus dem Buch der Geschichte getilgt – was immer mit Ungarn war. Damit ist eigentlich alles das, was in der Folgezeit von Deutschland her als Entspannungspolitik kam, als eine Politik, die man wieder über die Fürsten, über die Machthaber umzusetzen versuchte, zum Scheitern verurteilt gewesen, mit den Worten von Frau Professor Wisniewski als von vorgestern, als veraltet zu bewerten.

Ich frage, ob die Bundesrepublik Deutschland – ich spreche gar nicht von einer bestimmten Regierung – überhaupt eine andere Option für Politik hatte. Man wird bei diesen Dingen auch immer sehen müssen, in welchen Ambivalenzen und in welchen zwangsläufigen Vielschichtigkeiten man sich bewegt. Wozu hätte die Alternative, über eine unmittelbare Stärkung möglicher Oppositionen zu gehen, die – vielleicht in kluger Voraussicht – eine Veränderbarkeit, eine Reformierbarkeit, eine Verbesserlichkeit ihres Systems nicht mehr akzeptierten, geführt? Hätte sie das gebracht, was jedenfalls Mlynar offensichtlich für seine Situation 1968 als fehlend beklagt, nämlich eine Verankerung oder eine Nichtisolierung eines reformbereiten Landes in einer feindlichen Umwelt? Wenn ich das alles richtig verstanden habe, ist die rückschauende Klage oder das Konstatieren eines Defizits genau das gewesen, was sich in der Folgezeit verändert hat. Das ist ein Weg, den jedenfalls die Bundesrepublik Deutschland in der ersten Station über Moskau gegangen ist, ein Weg, der 1968 noch nicht gegangen war, der aber in der Folgezeit gegangen wurde und damit ein Reformexperiment – wenn es das doch gegeben hätte – oder Reformkräfte in eine andere Lage versetzte, als sie 1989 vorhanden war.

Bei den Ambivalenzen der Entspannungspolitik fällt mir als gelernte Familienrichterin das für mich paradoxeste und ambivalenteste Beispiel meines Berufslebens ein, nämlich der Rat an denjenigen, der um die Sorge für sein Kind kämpft, das Schlachtfeld zu räumen, auf daß die Kontakte, nämlich das Besuchsrecht, reibungsloser funktionieren, weil man sonst in Gefahr steht, auf lange Sicht beides zu verlieren. Die Frage derer, denen ich solche Ratschläge gegeben habe, ist: Wird mein Kind mir nicht eines Tages vorwerfen, daß ich nicht um es gekämpft habe? Meine Antwort darauf: Eine Garantie, daß das nicht passiert, kann ich nicht geben. Aber wer sein Kind begleiten will, wer

mit ihm das Leben teilen will, muß sehen, wo er siegen kann und wo er mit Sicherheit verlieren wird.

Meine Frage, die an die Frage nach einer anderen Option von Politik der Bundesrepublik Deutschland nach 1968 anschließt, ist, ob sich erkennbar für diejenigen, die auf dem Podium sitzen, ab 1982 etwas an dieser Lage geändert hat. Wenn es so war, wie ich vermute, daß die Option eindeutig war und von real und damit auch von moralisch handelnden Politikern nur so ausgefüllt werden konnte, so müßte sich zwangsläufig als Antwort ergeben, daß sich nach 1982 in dieser Hinsicht nicht viel geändert hat.

Abg. Eppelmann (CDU/CSU): Eine Bemerkung und zwei Fragen. Wieder einmal habe ich Lust, unseren Kollegen Hansen zu zitieren: Der Weg ist schon ein Ziel. Mir ist jedenfalls deutlich geworden, daß im Augenblick bei unseren Fragen die Parteizugehörigkeit – das ist nicht immer so – keine Rolle spielt, sondern es geht um unterschiedliche Erfahrungen: Habe ich früher in der DDR gelebt, oder habe ich früher in der Bundesrepublik gelebt? Darum sehr bewußt eine Frage an Gerd Poppe: Wie hast du das eigentlich empfunden und beurteilt, daß Gert Weisskirchen und Heribert Scharrenbroich Ausnahmen und nicht die Regel waren, daß ein F.D.P.-Name nicht zufällig in dieser Aufzählung fehlt und daß die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland zu den allerletzten gehörte und dann auch noch heimlich in der Nacht Kontakt zu uns aufgenommen hat, nachdem andere das schon viele Jahre getan hatten? Es würde mich an dieser Stelle interessieren, wie das Gerd Poppe und andere empfunden haben.

In diesem Zusammenhang ist immer wieder auch an den Satz zu denken, der Friede sei wichtiger als die Freiheit. Ich bin froh darüber, daß das heute offensichtlich ein bißchen anders ist, daß man heute wagt, als erstes nicht von einer Nichteinmischung zu reden oder sich davon verjagen zu lassen, sondern daß man sagt: Uns ist es schon wichtig, wie die Menschenrechte in dem Land eingehalten werden, das mit uns wirtschaftliche und politische – hauptsächlich wirtschaftliche – Kontakte haben möchte.

Eine ähnliche Frage an Anna Sabatova: Was habt ihr von der Charta von den demokratischen Regierungen in Europa eigentlich erhofft, erwartet und bekommen? Wie habt ihr das, was ihr bekommen habt, eingeschätzt und gewertet?

Eine letzte Frage an Garton Ash: Wie beurteilen Sie das Verhalten der Regierungen und Journalisten, die immerhin die öffentliche Meinung entscheidend prägen, in den Demokratien Westeuropas vom Mauerbau bis 1989 in ihrem Verhältnis zu den Diktatoren in Osteuropa?

(Timothy Garton Ash: Das wird ein neues Buch!)

Abg. Hansen (F.D.P.): Ich habe eine Frage an Herrn Professor Mlynar, der,

wie ich finde, auch sehr selbstkritisch u. a. gesagt hat, die Bürgerrechtler hätten sich in der Tschechoslowakei selber isoliert.

(Prof. Dr. Zdenek Mlynar: Vor 1968!)

– Vor 1968. – Sie hätten den Fehler begangen, keine offiziellen außenpolitischen Kontakte – ich meine nicht die Kontakte der Gruppen untereinander – zu suchen. War das mit Blick auf die Warschauer-Pakt-Staaten oder auf Westeuropa gemeint?

Ich finde, wir bewegen uns heute vielfach auf der Bruchkante – Frau Barbe, Herr Soell, Herr Jacobsen und auch andere haben das Rollenspiel angesprochen – einerseits dessen, was man die moralische Kompetenz nennen könnte, und andererseits dessen, was die angebliche Realpolitik ist. Man könnte auch fragen: Wo ist eigentlich die Brücke – diese Frage geht an Anna Sabatova und auch an Gerd Poppe – zwischen Gesinnungsethikern und Verantwortungsethikern? Das sollten nicht zwei Gruppen sein, die sich selbst nur folgendermaßen definieren: Wir sind zwar in einem gewissen Rollenspiel miteinander, aber haben miteinander nichts zu tun. Frau Barbe hat zu Recht verlangt, daß die Politik diese Brücke selber begehen müßte und sich nicht nur als realpolitische oder pragmatisch vorgehende zu definieren hätte.

Sv. Martin Gutzeit: Die erste Frage an Anna Sabatova und auch an Gerd Poppe: Welche Bedeutung hatten die Oppositionsbemühungen in den anderen osteuropäischen Ländern, z. B. in Polen, in Moskau oder in Ungarn, für die eigene Arbeit? Welche Bedeutung hatte die Beobachtung des westlichen Verhaltens gegenüber diesen Bemühungen in den anderen Ländern? Das gehört meines Erachtens wesentlich zusammen und war auch für uns in der DDR zu beobachten. Wie verhält man sich gegenüber den Kritikern in den anderen osteuropäischen Ländern?

Zweitens. Welche Art von Reflexion darüber hat es gegeben, wie Wandlung im Ostblock überhaupt stattfinden konnte, und zwar nicht nur im eigenen Land, sondern auch in den anderen Ländern? Es ist ja zu beobachten gewesen: Daß das alles tatsächlich aufbrach, konnte eigentlich nur passieren, weil es nicht nur in einem Land geschah, sondern weil ein Land nach dem anderen kippte, quasi durch den Domino-Effekt. Die Bemühungen in einem Land bestärkten sehr schnell die Bemühungen in einem anderen Land, so daß ein Gesamtzusammenbruch passierte. Welche Reflexionen gab es darüber?

Es ist viel von westlicher Politik und von Entspannungspolitik geredet worden. Welche osteuropäischen Reflexionen gab es über den Zusammenhang zwischen Entspannung, der Überwindung des totalitären Systems und – das jetzt vielleicht noch als Drittes – der Frage, inwiefern die Lösung der deutschen Frage mit diesem Problemzusammenhang verquickt war. Denn die Überwindung des Systems der SED in der DDR mußte ja diese Frage berühren. Welche Überlegungen zu diesem Thema gab es?

Jetzt möchte ich noch auf eine Vorhaltung in bezug auf den Einfluß von 1968 und das Selbstverständnis der DDR-Opposition kommen. Ich kann jedenfalls von uns aus dem Herbst 1989 sagen, daß wir mit aller Entschiedenheit die Prinzipien westlicher Demokratien – das umfaßt Rechtsstaat, parlamentarische Demokratie und marktwirtschaftliches System – gefordert haben, obwohl wir aus der Tradition von 1968 kamen. Ich selbst war 1968 16 Jahre alt. Ich habe die Entwicklung in Prag schon damals als eine Chance zu einem politischen Aufbruch erfahren. Ich habe auch die Depression mitbekommen, die aufkam, als dann die Panzer fuhren. Für mich gehörten der Aufbruch in Prag und die Emanzipationsbewegungen im Westen zur gleichen Zeit in einer gewissen Weise zusammen. Für mich hat dieser Impuls nicht bedeutet, diese Prinzipien westlicher Demokratie nicht zu wählen. Für mich hat vielmehr bei der Durchsetzung dessen, was ich Bürger- und Menschenrechte nenne, dieser institutionelle Rahmen eine entsprechende Bedeutung gehabt. Das heißt, aus dieser Tradition kommt nicht die Ablehnung der Prinzipien westlicher Demokratien.

Abg. Gunter Weißgerber (SPD): Ich möchte eine Frage an Garton Ash stellen. Sie bemängeln sehr stark den Umgang der verschiedenen westdeutschen Regierungen mit den Regierungen im Ostblock. Wie stehen Sie zum meiner folgenden Behauptung: Um die Bedingungen für die Häftlinge zu ändern, muß ich mit dem Gefängnisdirektor reden. Gefängnisdirektor im Osten Deutschlands war beispielsweise Honecker. Dies sage ich auch vor dem Hintergrund, daß ich natürlich nicht mit allem einverstanden war, was die verschiedenen bundesdeutschen Regierungen gemacht haben. Ich fand auch nicht alles sonderlich toll, was meine Partei, die SPD, gemacht hat. Aber Ihre Kritik in dieser Richtung finde ich etwas zu scharf.

Abg. Böhm (Melsungen), (CDU/CSU): Rainer Eppelmann hat sich an den Kollegen Poppe gewandt und sich unter Hinweis darauf, daß wir hier nicht von Partei zu Partei, sondern mehr oder weniger von West nach Ost und von Ost nach West diskutieren, noch einmal der These angenommen, die der Kollege Poppe aufgestellt hatte: Wir hatten zuwenig Kontakte zu euch aus dem Westen, weil sich zu viele von euch uns verweigerten.

Ich möchte jetzt nur eine Facette aus westlicher Sicht hinzufügen: Je mehr man im Westen über das dichte Stasi-Netz, das über unseren Landsleuten im Osten lag, wußte, um so vorsichtiger wurde man natürlich von westlicher Seite her bei solchen Kontaktaufnahmen. Man legte sie ausschließlich in die Entscheidung des zu Besuchenden oder desjenigen, mit dem man Kontakt aufnehmen wollte. Je mehr man im Westen, nicht nur von kommunistischer Seite, sondern auch von weiten Teilen der Medien als sogenannter „kalter Krieger“ abgestempelt war, also als einer der schlimmsten Klassenfeinde angesehen wurde, um so mehr hörte man aus Kreisen der Opposition in der ehemaligen DDR: Laßt es lieber; wir wünschen diesen Kontakt nicht, weil

er unseren kommunistischen Herren eine weitere Verleumdungskapazität uns gegenüber an die Hand gibt. Man erlebte in der Tat ganz unterschiedliche Reaktionen, von der plötzlichen Erklärung „Nein, ich muß heute plötzlich zur Nachtschicht; das Gespräch kann nicht stattfinden“ bis hin zur Aufforderung zu kommen, mit der Begründung: Je öfter dein Wagen vor meinem Haus steht, um so sicherer fühle ich mich hier, weil dadurch das Interesse aus dem Westen an meiner Position sichtbar wird.

Ich möchte mit meinem Beitrag nur darauf hingewiesen haben, daß diese Frage, die der Kollege Poppe aus seiner Sicht völlig zu Recht angeschnitten hat, sehr differenziert gesehen werden muß, da die Verhaltensweisen von Leuten aus dem Westen auch von den Überlegungen geprägt waren, die ich eben in der Diskussion zu schildern versucht habe.

Abg. Hansen (F.D.P.): Ich habe noch zwei Fragen an Herrn Garton Ash. Welches ist der Beitrag derer, die zur politischen Klasse gehören und nicht Politiker sind, d. h. in einer modernen Kommunikationsgesellschaft insbesondere der Medienvertreter und der Journalisten? Welches ist der Beitrag der Journalistik zu der Fragestellung, der Sie sich heute hier zugewandt haben, über den eigenen, subjektiven, individuellen Beitrag hinaus? Kann man etwas dazu sagen, welche Resonanz die Journalisten des Westens, die in den verschiedenen Ländern des Ostens akkreditiert waren, nicht nur bei ihren Redaktionen, sondern auch bei den Lesern gehabt haben? Die gleiche Frage richtet sich an Herrn Mlynar und an Frau Sabatova: Welches Gewicht hatten die Kontakte mit den Vertretern der Medien?

Meine zweite Frage an Herrn Garton Ash schließe ich an seine Schlußbemerkung an. Er sagte: Die Illusionen der einen bestärkten die Illusionen der anderen; das war paradox. Dann hat er britisch-ironisch damit geschlossen, daß er gewarnt hat, man möge doch bitte nicht allzusehr auf das Konto der einen abladen, daß ein Ergebnis herausgekommen sei, das zwar paradox, aber für sie sicher akzeptabel sei. Würden Sie es vielleicht nicht bei einer solchen ironischen Bemerkung belassen, sondern doch Position dazu beziehen, wie das Konto zu beladen ist und wer die Kontoinhaber sind, die zu dem Ergebnis beigetragen haben? Denn sonst bleibt es etwas als rein rhetorische Bemerkung im Raum stehen.

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Alle Fragen an die Teilnehmer auf dem Podium sind jetzt gestellt. Es wird nicht ganz einfach sein, sie zu beantworten; aber wir versuchen es.

Timothy Garton Ash: Die Fragen werde ich natürlich ganz leicht alle in zwei Minuten beantworten können. Ich verspreche, es kurz zu machen.

Wir kommen natürlich überhaupt nicht weiter, wenn wir von der Entspannung, der westlichen Ostpolitik und dem KSZE-Prozeß reden. Es geht gerade darum, den verschiedenen Varianten von Entspannungspolitik und auch von Helsinki-Politik nachzugehen und zu differenzieren. Dabei ist erst einmal

festzustellen, daß eine Oppositionspartei und natürlich auch Journalisten und Wissenschaftler andere Möglichkeiten und andere Erfordernisse haben als Regierungen. Es klang in der Diskussion für meine Begriffe ein bißchen zu idealistisch und zu romantisch, als ob die Hauptaufgabe eines Regierungsvertreters wäre, gerade die Unterdrückten zu unterstützen. Wir müssen es natürlich etwas nüchterner betrachten. Regierungen haben selbstverständlich zunächst und vor allem nationale und staatliche Interessen zu vertreten und verhandeln hauptsächlich mit anderen Staaten und Regierungen. Nur, in diesem konkreten Fall haben verschiedene westliche politische Akteure, Parteien und auch Regierungen die Interessen des eigenen Staates, der eigenen Nation und auch überhaupt des Westens etwas anders interpretiert, bzw. sie haben anders gehandelt. Gerade in bezug auf die öffentliche Anerkennung der Oppositionsbewegung in Ost- und Mitteleuropa und auch in bezug auf Begegnungen mit den Oppositionellen ist es eben nicht so, wie Herr Mlynar angedeutet hat, daß das alle nicht gemacht haben. Dabei gab es in der Tat wichtige Unterschiede. Der größte Unterschied zwischen dem Verhalten der Vereinigten Staaten auf der einen Seite und dem der Bundesrepublik Deutschland auf der anderen Seite war – wie auch in anderen Punkten der Ostpolitik –: Die symbolische Anerkennung der Opposition, gerade auch in Prag, durch die Amerikaner erfolgte sehr viel früher, und sie sind viel weiter gegangen. Man soll gleich hinzufügen: Gerade diese Art von öffentlicher, demonstrativer Anerkennung durch einen Vertreter eines westlichen Staates war besonders geschätzt, zumal wenn sie im Zusammenhang mit einer sehr offenen, öffentlichen, ja offensiven Menschenrechtsrhetorik stand, die gerade die Vereinigten Staaten seit Jimmy Carter hatten. Das bedeutet nicht, daß man die berühmte stille Diplomatie um menschliche Erleichterungen geringschätzte. Aber gerade in den Oppositionsbewegungen hat man die offensive Menschenrechtsrhetorik besonders hoch geschätzt.

Noch einmal, um Mißverständnisse zu vermeiden: Meine These ist überhaupt nicht, daß sich in dieser konkreten Situation die deutschen Politiker hätten ebenso verhalten könne. So einfach ist es bei weitem nicht. Die Bundesrepublik war natürlich in einer anderen Lage, in einer Zwangslage. Die Erpreßbarkeit durch die DDR und die Sowjetunion, die Lage Westberlins, das alles war vorhanden. Ich glaube, es gab einen Spielraum, der jedoch zuwenig ausgenutzt worden ist. Aber ich denke, es wäre möglich gewesen, daß gerade deutsche Politiker in dieser Situation so lautstark und offensiv verhandelt hätten wie amerikanische. Es geht nur erstens um die historische Gerechtigkeit, d. h. darum, den amerikanischen Beitrag zu schätzen, und zweitens darum, daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Auch um vielen Mißverständnissen vorzubeugen: Über weite Strecken ist die Geschichte der deutschen Ostpolitik natürlich die Geschichte eines großen und auch beabsichtigten Erfolges. Willy Brandt könnte hunderte von Seiten

meines Buches mit großer Zufriedenheit lesen, insbesondere in bezug auf die Beziehungen zur Sowjetunion. Das sind aber nicht gerade die Themen, die wir heute behandeln.

Es steht natürlich nicht die grobe These im Raum: Der Wandel ist nur von unten gekommen. Es gab vielmehr – ich habe ja den Ausdruck „Revolutionen“ geprägt – auch in Osteuropa eine Mischung von Revolution und Reform. Die Behauptung lautet, daß der Wandel gerade durch die Mischung von Reformversuchen von oben und aus der Mitte des Imperiums und von Selbstbefreiungsversuchen von unten und aus der Peripherie des Imperiums zustande gekommen ist, also – wir sind ja in Deutschland – wenn Sie so wollen, durch die Dialektik. Gerade diese beiden Ansätze haben die Dynamik von 1989/1990 ausgemacht.

Ganz kurz zu den Lehren. Herr Mlynar, sicherlich ist eine wichtige Lehre, daß man Sie auch heute noch als Gesprächspartner in Prag aufsuchen soll. Aber dazu brauchte man nicht die Geschichte der Ostpolitik. Das wußte man schon immer oder hätte man schon immer wissen müssen.

Ich sehe ein paar andere Lehren. Sie sind natürlich nicht so einfach und so direkt; denn die Geschichte bietet nie einfache Handlungsanweisungen. Zum einen ist es schlicht und einfach die Lehre, daß man die Hypothesen, die der eigenen Politik zugrunde liegen, immer wieder auf die Wirklichkeitsnähe hin überprüfen muß. Ich hatte den Eindruck, daß Herr Jacobsen an einer Stelle wieder eine dieser sehr allgemeinen Hypothesen aufgestellt hat, jetzt allerdings allgemein und im Konjunktiv, nämlich als er fragte, ob der Entspannungsprozeß nicht etwa doch eine Auflockerung bewirkt hat, die zum Teil, wenn auch indirekt, zu dem Erfolg von 1989 beigetragen hat. Ich muß da ganz konkret fragen: Wo sehen Sie denn die Auflockerung in der Tschechoslowakei, im Husák-Regime auch in den achtziger Jahren? Es ist auf den ersten Blick nicht klar zu erkennen. Wenn es dies gegeben hat oder hätte, wo hat dann die westliche Politik konkret dazu beigetragen? Die Wahrheit ist doch konkret.

Die zweite Lehre: Politiker sind natürlich keine Pfarrer, mit einigen Ausnahmen. Wir erwarten von den Politikern auch nicht, daß sie sich wie Pfarrer verhalten. Aber wenn man, wie auch über weite Strecken der Entspannungspolitik im allgemeinen und nicht nur der deutschen Ostpolitik, die eigenen Wertvorstellungen relativieren oder verdrängen oder unterordnen will, dann muß man eben ganz genau wissen, wozu, und man muß ziemlich sicher sein, daß es auch einen Sinn hat und daß der Zweck tatsächlich erfüllt wird. Das Problem ist doch bei Teilen dieser Geschichte, daß das nicht geschehen ist. Das heißt, die ganze Relativierung war sozusagen am Ende umsonst oder hat bestenfalls noch auf ganz unbeabsichtigte und paradoxe Weise zum Erfolg geführt.

Die letzte Bemerkung: Es wurde gerade China erwähnt. Ich finde in der Tat,

daß hier die Geschichte der Ostpolitik besonders relevant ist. Wenn man meint, daß vor allem die große Linie der Ostpolitik, also die Vertrauenswerbung bei den kommunistischen Machthabern, die Normalisierung, wie es Klaus Kinkel 1992 in Peking formuliert hat, die Verflechtungspolitik und die stille Diplomatie für die menschlichen Erleichterungen an Stelle einer öffentlichen und offensiven Menschenrechtsrhetorik, zum Erfolg von 1989 geführt haben, dann soll man es wahrscheinlich mutatis mutandis auch weitermachen. Wenn das aber, wie ich es analysiert habe, nur das eine war und das andere genauso wichtig ist – auch die amerikanische Menschenrechtsrhetorik und die symbolische Anerkennung der Opposition, wo dies möglich war –, dann gibt es eine andere Lehre aus dieser Geschichte. (Teilweise Beifall)

Gerd Poppe, MdB): Ich habe ungefähr 40 Fragen von 14 Fragestellern notiert. Ich bitte vorab um Entschuldigung, wenn ich das nicht alles beantworten kann.

Ich fange mit dem an, womit Timothy aufgehört hat, nämlich mit Markus Meckels Frage nach China und nach den Lehren aus der Vergangenheit. Ich denke, eine der Hauptlehren, die wir aus der Vergangenheit ziehen müssen, ist, daß eine aktive Menschenrechtspolitik unabweisbar Bestandteil der Außenpolitik eines demokratischen Staates werden muß. (Teilweise Beifall)

Das zweite ist ebenfalls ein außenpolitischer Aspekt; aber er ist stärker auf Europa bezogen. Wir verzeichnen einen Zusammenbruch des Imperiums und damit verbundene neue, insbesondere nationalistische Gefahren in der ehemaligen Sowjetunion, in Ex-Jugoslawien usw. oder das Auftauchen von rot-braunen Koalitionen. Dabei kommt es ja nicht einfach immer zu einer Rückkehr von Reformkommunisten, sondern vielmehr zu einer ganz unheiligen Allianz von Nationalisten und Ex-Kommunisten, die sowohl in der Sowjetunion die demokratischen Versuche Jelzins konterkarierte als auch in Form von Milosevic einen Völkermord an einem ganzen Volk verübte. Man muß da also schon mit der einfachen Anmerkung sehr vorsichtig sein: Hier kommt irgend etwas zurück.

Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch eine Menge von Reformkommunisten oder vergleichbaren Leuten. Ich nenne einmal Brasauskas in Litauen, dem man durchaus Vertrauen entgegenbringen darf. Das vielleicht schon vorab zu Herrn Soell.

Zu China: Markus Meckel, auch ich war in China. Wir haben offizielle Gespräche geführt. Wir haben gesagt, man sollte jetzt keinen Wirtschaftsboykott oder ähnliches beginnen; aber man sollte schon sehr, sehr massiv und immer wieder auf die Einhaltung der Menschenrechte hinarbeiten. Dazu gäbe es eine ganze Menge von Druckmitteln. Es hat sie z. B. im Zusammenhang mit der Olympiabewerbung gegeben. Die Mittel sind nicht richtig ausgenutzt worden. Die Amerikaner waren dabei sehr viel konsequenter.

Ich meine, daß es auch notwendig ist, die Dissidenten oder die Familien der inhaftierten Dissidenten dort aufzusuchen. Ich habe das gemacht. Herr Böhm, ich habe natürlich die Frage gestellt, ob sie das selber wünschen. Das ist schon klar. Man sollte sich nicht in Gefahr begeben und diese Menschen nicht in Gefahr bringen. Aber man sollte es unbedingt versuchen. Genau das ist die Lehre, die wir aus unserer eigenen Entwicklung gezogen haben. Die Oppositionellen in diesen Staaten sind darauf angewiesen. Je mehr Aufmerksamkeit sie aus den westlichen Demokratien erfahren, desto schwerer ist es für die Herrschenden, sie zu verhaften. Das ist eine wirklich elementare Erfahrung. Es muß endlich einmal daraus gelernt werden. Das heißt, es sollte durchaus Gespräche geben, aber keine einseitigen. Ich komme noch einmal auf das Thema zurück, wenn ich etwas zu Herrn Jacobsen sage.

Abg. Koschyk (CDU/CSU): Herr Pope, nur einen Satz für das Protokoll, weil ich glaube, es ist schon wichtig, damit wir bei einer öffentlichen Anhörung nicht den Eindruck vermitteln, hier läge ein Dissens vor. Sie haben gerade von „wir“ gesprochen und haben berichtet, wir seien in China gewesen. Sie sollten sagen, Sie waren mit dem Unterausschuß Menschenrechte des Deutschen Bundestages in China. Alle Kolleginnen und Kollegen, die mit Ihnen in China waren, haben fraktionsübergreifend und gemeinsam gehandelt und eine gemeinsame Position gefunden. Es gab keinen Streit über die Menschenrechtspolitik in China, wie Sie sie gerade treffend formuliert haben. Ich glaube, es ist wichtig, das bei einer öffentlichen Anhörung so darzustellen.

Gerd Pope, MdB: Es gab ohne jeden Zweifel einen Konsens. Bei den Frauen der Inhaftierten war ich allerdings doch alleine mit einem Kollegen.

Herr Koschyk, ich möchte auch auf Ihre Fragen antworten, zunächst auf die Frage nach der KSZE oder den UNO-Pakten. Diese Frage haben Sie vor allen Dingen an Frau Sabatova gestellt. Ich habe es vorhin, glaube ich, schon angedeutet: Die KSZE hatte für uns durchaus etwas Ambivalentes. Sie schrieb einerseits den Status quo fest, und sie gab andererseits die Möglichkeit, Menschenrechte einzuklagen. Demgegenüber beinhalteten die UNO-Pakte natürlich in erster Linie ganz klar die Einklagemöglichkeit ohne eine weitere Verpflichtung, eine bestimmte Außenpolitik zu betreiben. Generell konnten wir zweifellos mit beiden umgehen. Wir haben nur vor der Illusion gewarnt, die KSZE-Politik allein auf der Regierungsebene könnte irgend etwas bewirken.

Ich erinnere auch einmal an das, was wir Ende 1986 gemacht haben. Damals gab es ein Memorandum, das „Den Helsinki-Prozeß von unten mit Leben erwecken“ oder so ähnlich hieß. Dabei haben sich Leute von der Solidarnosc und von der Charta 77, insgesamt Menschen aus allen europäischen KSZE-Staaten und auch aus den USA und Kanada sowie aus Alternativbewegungen und Oppositionsbewegungen aus dem Osten beteiligt, mit zusätzlichen ge-

meinsamen Vorstellungen, die nicht unbedingt die Regierungsvorstellungen erschweren, aber ergänzen wollten. Wir waren sehr dankbar, als z. B. der Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation nach Ostberlin kam und mit seiner gesamten Delegation für die Nachfolgekonferenz in Wien ein Gespräch mit Oppositionsgruppen führte. Ich fand das vorbildlich, auch gegenüber bundesdeutscher Politik.

Reiner Kunze war in dem Zeitraum, um den es bei diesen Bemerkungen vor allem ging, lange weg.

Natürlich hat die Literaturszene auch für die DDR-Opposition eine Rolle gespielt, allerdings stärker bis zur Biermann-Ausbürgerung. Dann kam der große Exodus.

Wir haben immer bedauert – auch das muß ich hier noch einmal sagen –, daß wir in der DDR keinen Havel oder Kohout oder Vaculik hatten. Wir hatten auch keinen Zbigniew Herbert und auch nicht den Filmemacher Andrzej Wajda, der 1980 nach der Verhängung des Kriegsrechts in ein Internierungslager kam. Wir hatten solche Menschen in der DDR überhaupt nicht. Wenn jetzt in Feuilletons bestimmter westlicher Bildungsblätter Heym oder Christa Wolf oder wer auch immer als mit den Genannten aus Polen und der Tschechoslowakei vergleichbare Mitglieder der Opposition bezeichnet werden, so ist das einfach falsch. (Teilweise Beifall)

Dies beantwortet zu einem gewissen Teil auch die Frage, warum wir denn länger gebraucht haben und größere Schwierigkeiten hatten. Wir hatten nicht diese hochkarätigen Namen. Wir sind immer wieder an einige Leute herangetreten und haben gesagt: Unterschreibt das doch mit. Daraufhin kam dann z. B. der Einwand: Das ist nicht gut genug formuliert. Aber selber haben sie es dann eben auch nicht formuliert.

In Prag war das anders. Dort gab es schon 1968 eine Kulturszene, z. B. „Plastic people of the universe“, eine Rockgruppe. In den achtziger Jahren gab es die Jazz-Sektion, ferner die genannten Dichter. Das ist doch schon etwas anderes gewesen. Es beantwortet auch einen Teil Ihrer Frage, Herr Koschyk, warum es bei der Charta 77 schneller ging und stärker Abstand genommen wurde.

Ein anderer Teil Ihrer Frage ist vielleicht mit dem Hinweis auf die starke Mitteleuropadiskussion in den achtziger Jahren zu beantworten, die von Prag, Budapest und Warschau ausging. Hier wurde ein europäischer Bezug hergestellt. Das war, glaube ich, außerordentlich wichtig, um zu neuen Überlegungen auch in bezug auf die deutsche Frage zu kommen. Demgegenüber hatten die Ostdeutschen eigentlich zu 99 % immer ausschließlich den Bezug zur Bundesrepublik; sie sahen weniger die europäischen Dimensionen. Ich glaube, daß der Blick nur auf das eigene, engere Umfeld tatsächlich auch manches verstellt hat. Ich denke, daß die Europadebatte ein ganz, ganz wichtiger Punkt gewesen ist, der zu einer Weiterentwicklung geführt hat.

Um die Frage von Herrn Faulenbach gleich mit einzubeziehen: Sie haben ja verschiedenes schon selber genannt. Die Fluchtbewegung spielte eine Rolle. Wir hatten immer wieder einen großer Aderlaß in bezug auf wichtige Leute. Ich sagte auch schon, daß es nicht diese Galionsfiguren wie in Polen und der Tschechoslowakei gab. Viele Leute, die für uns in der Opposition wichtig gewesen wären, konnten durch die Gewährung von Privilegien, Westreisemöglichkeiten usw. ganz anders als in der Tschechoslowakei und als in Polen diese Rolle nicht spielen.

Ein ganz wichtiger Punkt in bezug auf den deutsch-deutschen Bezug war die Illusion bezüglich sozialistischer Alternativen. Diese gab es doch in der Bundesrepublik sehr viel stärker als bei uns. Frau Wilms und Frau Professor Wisniewski, wir hatten diese Illusionen einer sozialistischen Alternative nur noch in sehr geringem Maße. Die Links-Rechts-Schubladen habe ich sehr viel häufiger in der alten Bundesrepublik als in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in der DDR gehört. Wir hatten uns mit einer gewissen Intensität von diesen Schubladen entfernt. Gerade das haben wir von der ostmitteleuropäischen Opposition in Budapest, in Prag und in Warschau gelernt, die das schon lange vor uns getan hat.

Herr Professor Jacobsen, eine Rollenverteilung lehne ich in diesem Zusammenhang wirklich ab; ich habe sie immer abgelehnt. Was fällt denn dem Regierenden aus der Krone, wenn er sich mit ernstzunehmenden Leuten aus der Opposition wie seinerzeit Lech Walesa, Václav Havel und sonstwem trifft und ein Gespräch führt? Der seinerzeitige amerikanische Präsident Carter hat eine solche Scheu nicht gehabt; der ehemalige britische Außenminister Howe hat diese Scheu 1983/1984 ebenfalls nicht gehabt. Wäre also einem bundesdeutschen Regierungspolitiker und Oppositionsführer ein Zacken aus der Krone gefallen, wenn auch er das gemacht hätte? Statt dessen hat man sich auf eine Arbeitsteilung reduziert und hat gesagt: Zur Opposition können ja die Alternativszene, die Friedensgruppen usw. gehen, und wir betreiben die Annäherung an die Regierung. Genau dies war ein Fehler. Es wäre gut, wenn dieser Fehler nun endlich einmal als solcher akzeptiert und für solche Fälle wie China ausgeräumt werden könnte. Herr Weißgerber führte das Beispiel mit dem Gefängnisdirektor an. Es ist sicherlich richtig: Man muß mit dem Gefängnisdirektor sprechen, aber nicht allein mit ihm. Wir haben das nie als Alternative gesehen. Wir haben nicht gesagt: Kommt zu uns statt zu denen. Wir haben vielmehr gesagt: Sprecht mit den Regierungen; aber sprecht auch mit uns. Das war unsere Alternative, die wir dagegengesetzt haben.

Ich muß einiges weglassen; aber ich will unbedingt noch etwas zu den Fragen von Frau Wilms und von Frau Professor Wisniewski sagen. Dabei ging es um die Ordnungsvorstellungen von Oppositions- und Menschenrechtsbewegungen usw. Ich habe schon gesagt: Das Links-Rechts-Schema ist einem Teil der Leute wirklich abhanden gekommen. Die große Gesellschaftsutopie

ist uns zum Teil verlorengegangen. Wir haben – das habe ich auch in meinem Eingangsstatement zu sagen versucht – sehr viel stärker eine pragmatische Politik zu betreiben versucht, deren Ende hinten offen war. Aber Demokratie war die Bedingung, und die Einhaltung der Menschenrechte war die Bedingung. Was denn nun daraus würde, ob das ein neuer „-ismus“ würde, war uns zu einem bestimmten Zeitpunkt vergleichsweise egal. Aber z. B. das Verfassungsdenken war sehr ausgeprägt. Gerade das zeigte sich doch nach der Umbruchsituation am Runden Tisch. Das allererste, was wir am Runden Tisch beschlossen haben, war eine demokratische Verfassung. Ich habe selber an diesem Entwurf mitgearbeitet; ich war der Einberufer der Arbeitsgruppe „Verfassung“ des Runden Tisches. Dabei haben wir in den Vordergrund des ganzen Textes – das können Sie heute nachlesen – ganz klar die Menschenrechte gestellt; das ist das Hauptkapitel und sehr ausführlich. Es sind einige Vorstellungen vorgetragen worden, die im Grundgesetz nicht enthalten sind, z. B. die Festschreibung sozialer Rechte, aber nicht in der Form, die uns manchmal vorgehalten wurde. Es wurde gesagt, hier werde ein Recht auf Arbeit eingeräumt, das in einer Marktwirtschaft nicht durchführbar sei. Vielmehr stand in dem Verfassungsentwurf das Recht auf Arbeitsförderung. Das war eine Prioritätensetzung. Es war ein Staatsziel, das darin bestand, der Arbeitsförderung Priorität vor der Zahlung von Arbeitslosengeld zu geben. Nun frage ich mich: Was ist denn daran im Widerspruch zu einer demokratischen Verfassung?

(Abg. Frau Wilms, (CDU/CSU): Gar nichts!

Danach haben wir doch gefragt!

Dort sind also bestimmte Zielvorstellungen, die wir entwickelt haben, mit eingegangen.

Der Schwerpunkt war immer Demokratie und Gewaltenteilung, und zwar in aller Konsequenz, und das schon sehr lange. In dem Papier von 1987, in dem der Sozialismus nicht mehr enthalten war, steht das eindeutig. Ich kann es Ihnen gerne fotokopieren. Darin haben wir u. a. geschrieben:

„Der Einsatz für als unveräußerlich betrachtete Menschenrechte bedeutet zwangsläufig, gesellschaftliche Entwicklungen nicht mehr an einer bestimmten Ideologie, einem bestimmten utopischen Gesellschaftsbild messen zu können.“

Dieser Text stammt aus dem Jahre 1987. Allerdings hatten wir damals auch auf Grund unserer spezifischen Situation Probleme, uns ein parlamentarisches System analog dem westlichen vorzustellen. Damit man das entwickeln konnte, war der Fall der Mauer notwendig.

Ich höre gleich auf, damit auch die anderen noch Gelegenheit haben, die Fragen zu beantworten. Ich will nur noch etwas zu der Frage von Herrn Professor Fischer zu den Kontakten sagen. Ganz bedeutsam waren die

Reiseprobleme, auch im Falle der Unterzeichner der Charta 77. Sie durften alle nicht aus der Tschechoslowakei ausreisen; ihnen wurden die Pässe abgenommen. Wir bekamen keine Ausreisegenehmigung und wurden am Grenzübergang zurückgeschickt. Die Gruppierungen untereinander mußten also ganz andere Formen finden. Die Kontakte fanden schriftlich, telefonisch und über Umwege statt. Mitunter geschah folgender Blödsinn: Man gab jemandem, der in West-Berlin wohnte, einen Brief mit, den dieser in London abgab. Der Mann in London wiederum hatte Kontakt nach Prag. Das Ganze dauerte Wochen und Monate. Aber solche Versuche sind immer wieder unternommen worden. Deshalb kam es auch zu solchen Dingen wie Solidaritätserklärungen im Fall von Verhaftungen oder sogar zum Vorhaben einer gemeinsamen Zeitschrift, das 1989 bestand und nicht mehr zustande kam.

Die Repressionsmethoden waren, wie ich schon sagte, in den anderen Ostblockländern noch etwas härter als bei uns, aber im übrigen natürlich ähnlich.

Die Staatssicherheit hat mit ähnlichen Einrichtungen in anderen Ländern zusammengearbeitet. Ich habe in meinem Akten sowohl Übersetzungen von Aufzeichnungen über Beobachtungen, die in Prag gemacht wurden, als auch Übersetzungen aus dem Ungarischen über einen Besuch gefunden, den wir in den siebziger Jahren in Budapest gemacht haben. Umgekehrt war es sicherlich ganz genauso. Es gab also schon sehr viele Ähnlichkeiten; aber die Brutalität war in Prag, denke ich – aber dazu wird Anna sicherlich noch etwas sagen –, sehr viel größer, und wir hatten es da etwas leichter, vielleicht auch durch die deutsch-deutschen Beziehungen; das will ich gar nicht ausschließen.

Die Illusion im Westen, was die Stabilisierung angeht, beruhte, denke ich, auf einem etwas eindimensionalen Friedensbegriff. Ich habe vorhin versucht, meinen Friedensbegriff oder den solcher Gruppen dagegenzustellen. Er war unverzichtbar mit der Menschenrechtsfrage verbunden. Ich will das gar nicht abwerten und kann ganz eindeutig sagen: Die damalige Situation, nämlich die Bedrohung durch Atomraketen, hat natürlich im Westen gewisse Prioritäten geschaffen, die sich auch im Friedensbegriff niederschlugen. Aber das war nicht das einzige. Man hätte die Begriffe des inneren und äußeren Friedens doch stärker zusammenbringen sollen, auch auf der Regierungsebene. Auf unserer Ebene ist das laufend geschehen.

Rainer Eppelmann hat noch eine Frage gestellt. Da kann ich dir einfach nur recht geben. Ich will zusätzlich zu den Namen Weisskirchen, Scharrenbroich und anderen vor allen Dingen noch einen erwähnen, und er lautet: Petra Kelly. Es hat niemanden, wirklich niemanden in der ganzen westlichen Welt gegeben, der so engagiert Menschenrechtsgruppen in der DDR, aber auch in anderen Ländern Europas und in anderen Teilen der Welt, wie in Tibet, Indonesien,

Australien und sonstwo, unterstützt hat. Das möchte ich hier noch einmal ausdrücklich sagen.

Daß die Ständige Vertretung der Bundesrepublik die letzte von vielen anderen westlichen ständigen Vertretungen war, die uns zur Kenntnis genommen hat, lag vermutlich daran, daß der letzte Ständige Vertreter in Ostberlin ein größeres Verständnis für die Probleme des Ostens hatte als seine Vorgänger; ich vermute das einmal. Wenn ich heute Herrn Gaus und Herrn Bertele höre, dann liegen Welten dazwischen. Bertele wurde später nicht zufällig Botschafter in Polen.

Zur Frage nach Gesinnungs- und Verantwortungsethik, Rollenspiel und Politik: Die Lehre aus dem, was wir erlebt haben, ist auch, die Trennung von Politik und Moral wenigsten in einem gewissen Rahmen aufzuheben. Das lebende Beispiel dafür ist Václav Havel, der das wirklich geschafft hat. Wenn er das geschafft hat, warum sollen das dann nicht auch andere Politiker schaffen können?

(Beifall der Abg. Frau Barbe (SPD))

Herr Gutzeit hat sehr viel ausgeführt, was zum Teil eine Frage, zum Teil aber auch schon eine Antwort auf Fragen gewesen ist. Darauf kann ich mich ganz eindeutig beziehen.

Die Beobachtung des Verhaltens der westlichen Welt z. B. in Prag oder von Prag aus gesehen in Berlin – das müssen wir von Anna oder von Zdenek hören – ist von Václav Havel in dem Essay „Anatomie einer Zurückhaltung“ 1985 wunderbar beschrieben worden. Das war für uns ein Ausgangspunkt. Da haben wir uns wiedererkannt und haben gesagt: Ganz genauso läuft das. Dabei haben wir festgestellt: Dort sitzen tatsächlich unsere Partner, die von gleichen Analysen, gleichen Überlegungen und auch gleichen Erlebnissen ausgehen. Damit möchte ich erst einmal schließen. (Beifall)

Anna Sabatova: Zunächst zur Frage von Markus Meckel, ob Moral oder politische Motivation für das eigene Verhalten ausschlaggebend waren: Das ist eine Frage, die sich zwar einfach anhört, aber kompliziert ist. Ich nenne drei oder vier Erlebnisse aus meinem Leben; vielleicht wird das eine Antwort sein. Ich kann nicht für andere Leute, sondern nur für mich sprechen.

Im Jahre 1968 war ich 17 Jahre alt. Ich habe mich nicht sehr stark engagiert. Ich war im Jahre 1968 sehr glücklich, aber nicht sehr politisiert. Damals geschah aber etwas, womit ich mich nicht einverstanden erklären konnte; das war ein sehr wichtiger Punkt. Als ich sah, daß sich die Gesellschaft veränderte, wußte ich, daß ich nicht etwas anderes als gestern sein konnte; das ging nicht.

1971 wurde ich für meine Tätigkeit in der entstehenden Opposition verhaftet. Ich bin zu drei Jahren verurteilt worden. Nach zwei Jahren bin ich in meine Heimatstadt gekommen, wo die wichtigen Personen noch im Gefängnis waren. Niemand wollte etwas machen. Alle haben mir gesagt: Jetzt wirst du schon

vernünftig sein. Ich war intelligent genug; ich habe nicht gestritten; aber ich wußte, daß ich nicht vernünftig werden würde.

Einige Zeit später habe ich meinen Mann kennengelernt und habe ihn geheiratet. Er hatte vier Jahre Gefängnis hinter sich. Ich erinnere mich an eine Diskussion mit seinem Bruder. Mein Mann hatte einen Bruder, der dann emigrierte. Er hatte keine Kraft mehr und hat nichts mehr gesehen. Ich habe ihm gesagt: Du mußt etwas dagegen machen; aber du kannst nichts erwarten.

Als die Charta 77 zustande kam, war es fantastisch für uns, daß wir viele waren, daß wir ein Gefühl der Gemeinschaft hatten und daß unterschiedliche Leute dabei waren, die verschiedene Lebensgeschichten hatten, die verschiedene Ansichten hatten und die unterschiedlichen Altersgruppen angehörten. Es waren Leute von 18 bis zu 70 Jahren dabei. Auch diese Generationserfahrungen waren sehr interessant; das halte ich für sehr wichtig.

Im Jahre 1979 ist mein Mann wieder verhaftet worden. Er hat mich in seinen Briefen gefragt, ob ich nicht emigrieren wollte, und hat mich gebeten, daß ich das entscheiden solle. Das war die schwerste Aufgabe meines Lebens. Drei Monate habe ich damit gekämpft, und dann habe ich mich zum Bleiben entschlossen.

Ich komme zu einem anderen Punkt, nämlich zu den DDR-Leuten, die schon emigriert waren und zu uns kamen. Die haben mir gesagt: Es ist Unsinn hierzubleiben; das ist nicht menschlich. Das bedeutete für mich einen großen Kampf; denn ich wollte keine Fanatikerin sein; ich wollte in meinem Leben nie eine Fanatikerin sein. Ich habe aber gewußt, daß man bleiben muß. Ich komme dazu noch bei einem anderen Punkt.

Herr Koschyk hat nach dem Helsinki-Prozeß gefragt. In der Basiserklärung war wichtig, daß diese Pakte Teil der tschechoslowakischen Rechtsordnung waren. Das war eine Sache, die man greifen konnte. Nach dem Helsinki-Prozeß, als es die Nachfolgekongresse ab und sich die Entwicklung veränderte, hat es immer mehr eine andere Rolle gespielt.

Zur Frage nach der Mitarbeit in der Kulturfront: Wir waren auf andere Dinge spezialisiert. Ich weiß leider nichts von dieser Zusammenarbeit. Ich will aber nicht ausschließen, daß es sie gab. Ich habe z. B. nicht gewußt, daß Reiner Kunze Jan Skacel übersetzt hat.

Zur Zusammenarbeit zwischen der Stasi und dem STB: Ich erzähle ein kurzes Beispiel für die Zusammenarbeit. Unser erster DDR-Kontakt fand mit einem Einzelgänger aus Pirna statt, der Ende der sechziger Jahre dafür verurteilt wurde, daß er Flugblätter über 1968 verbreitete. Er ist zu einem Jahr verurteilt worden. Er hatte keine Kontakte zu anderen Leuten in Deutschland. Er ist 1974, als ich schon in Prag war, dorthin gekommen. Er hat uns gesucht, und wir hatten Kontakte. Wir haben uns besucht und haben diskutiert. Die Anfänge waren bescheiden. Er wurde erneut verhaftet, als mein Mann schon

im Gefängnis war. Die tschechoslowakische staatliche Polizei hat Verhöre durchgeführt. Jan Hübl wurde verhört und ebenso mein Mann im Gefängnis. Ich wurde dreimal vorgeladen, bin aber nicht dorthin gegangen. Sie haben das dann wohl vergessen. Sie mußten es bis zu einem bestimmten Termin machen und die Ergebnisse dann in die DDR schicken. Der Mann war Lutz Reifenbach. Er hat dann geheiratet und den Namen seiner Frau angenommen. Dann hieß er Lutz Hesse. Nach seinem zweiten Gefängnisaufenthalt ist er emigriert.

Der Prager Appell und die Vereinigung Deutschlands waren integrale Teile und logisch nach der Philosophie der Charta von 1981. Sie sah einen Dialog mit den Friedensbewegungen vor. Wir waren immer für den Dialog. Aber wir waren in dem Sinne kritisch, daß die Fragen des Friedens und der Menschenrechte nicht getrennt werden durften. Ich hoffe, daß wir es auch ein wenig beeinflußt haben, daß sie einige unserer Ansichten angenommen haben. Wir haben uns auch für ein Europa ohne Pakte nur mit einem System der Sicherheit ausgesprochen. Ein Europa bedeutete auch ein Deutschland; das ist logisch.

(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Bei vielen in Deutschland nicht!)

– Das war meiner Meinung nach ein Schuldkomplex. Es bestand eine bestimmte Angst.

Zur Frage von Herrn Faulenbach: Auch ich halte die Opposition für breiter und tiefer. Die Philosophie war für mich eher die Patockas als die Havel. Patocka hat in seinen Essays schon in der Anfangszeit der Charta geschrieben: Es gibt Sachen, für die man leiden muß und für die zu leben Sinn macht. Das hat mein Lebensgefühl am besten ausgedrückt. Manchmal muß es fast ein wenig irrational sein, um alles ertragen zu können.

Anfang der achtziger Jahre war eine sehr schwere Zeit. Viele Leute waren im Gefängnis, z. B. die wichtigen Personen Havel, Dienstbier, Batek und mein Vater. Das waren wichtige Personen, die Kontinuität vermittelten. Mit jüngeren Leuten, die nicht so bekannt waren, haben wir die praktischen Dinge weitergeführt und eine Zeitschrift gemacht. Wir haben die Arbeit des Ausschusses fortgesetzt. Das bedeutete mehr als das Verfassen von tausend Kommunikés. Das war viel Arbeit; aber es waren kleine Arbeiten.

Dann haben sich fast alle meine nahen Freunde entschieden zu emigrieren. Das war schwer für mich. Ich erinnere mich daran, daß ich mit meinem Kameraden Václav Maly auf der einen Seite gesessen habe und die anderen auf der anderen Seite. Sie haben geschrien: Wir müssen aufhören; denn die Polizei tötet uns. Sie hatte damals auch physische Gewalt benutzt. Sie sind alle emigriert. Es waren fünf Leute. Das ist nicht viel; aber das waren meine engsten Freunde. Wir haben zurückgeschrien: Nein, wir lassen uns töten. Ich muß sagen, auch ich hatte manchmal Angst, aber nicht sehr oft. Denn ich war entschlossen zu bleiben. Die Strategie war gut. Ich meine, daß die Entscheidung, daß man

etwas opfern muß, daß man ins Gefängnis geht, zurückkommt und wieder arbeitet, wieder ins Gefängnis, wieder zurückkommt und wieder arbeitet, wichtig ist. Das haben mehrere Leute bewiesen. Die Philosophie, daß es nicht menschlich ist zu leiden und daß man besser weggehen soll, wurde bei uns überwiegend vertreten. Einige sind emigriert, und wir mußten sie ersetzen und durften nicht böse auf sie sein, weil es unsere Freunde waren und weil sie nur das getan haben, was jede Schwalbe machen kann. Das war eine Redewendung von Václav Havel. Er sagte: Wir können ihnen nicht das verweigern, was jede Schwalbe machen kann. Ich habe mich immer bemüht, sie nicht zu verurteilen. Aber für mich war das kein Weg. (Teilweise Beifall)

Zu der Frage, was wir 1968 gewollt haben: 1968 habe ich nicht viel gewollt, nur Freiheit; aber das war mehr ein Gefühl. Ich wollte nicht den Kapitalismus; das wußte ich. Aber ich habe nicht sehr viel in diesen Kategorien gedacht. Ich wollte eine humanistischere, freiere Gesellschaft. Das war für mich wichtig. Ich war damals, wie ich schon sagte, 17 Jahre alt.

1977 war ich schon älter. Ich habe es für mich so formuliert, daß es für mich wichtig ist, für die Menschenrechte und für eine menschliche, offene Gesellschaft zu kämpfen, in der die Leute entscheiden können, was sie wollen. Ich wollte mein Konzept auch nicht irgendwie überdenken, weil das gefährlich war. In den freien Gesellschaften können die Leute entscheiden; aber das, wovon ich überzeugt bin, muß nicht am besten sein. Ich sehe heute einige Fanatiker. Das ist etwas Schreckliches. Die Haltung der Leute, die denken, das, wovon sie überzeugt sind, ist für die Gesellschaft das beste, erinnern sehr an den Stalinismus Anfang der fünfziger Jahre. Sie haben zum Glück nicht sehr viel Macht und Einfluß.

Die Methoden der Repression waren meiner Meinung nach im gesamten Ostblock in unterschiedlich starkem Maße die gleichen. Ich will ein Beispiel nennen. Gerd Poppe hat von dem System, wie wir unter Aufsicht gestellt wurden, gesprochen. Das war kompliziert; denn wenn man mit dem Mann und den Kindern spazierenging, liefen sie immer zwei Schritte hinter einem her. Das ist nichts Angenehmes.

Für mich war interessant, daß zu dieser Zeit Sibylle Havemann in Prag war. Wir haben uns bei meiner Freundin getroffen. Sie kam eher und wir später; sie ist früher und wir sind dann später gegangen. Das war ein System, um sich mit jemandem zu treffen. Sie hat davon erzählt, daß ihr Vater unter dem gleichen System litt. Das ist ein Beweis dafür, daß sich die Systeme nicht nur in bezug auf die Gefängnisse ähnelten.

Wir sprechen von „Debolschewisation“ und einem dicken Strich; das sind unsere Begriffe. Auf die Frage danach kann ich keine ganz klare Antwort geben. Denn damit haben wir eine Erbschaft bekommen, die nicht gut gelöst sein wird. Ich bin gegen die Debolschewisation, wie sie bei uns gemacht worden ist, also gegen beide Gesetze, die sie realisieren. Denn man macht

keine Unterschiede zwischen den Leuten. Man steckt die aktiven Protagonisten und ihre Opfer, die in einem bestimmten Moment versagt haben, in einen Sack. Das geht nicht. Die Listen der Mitarbeiter der Polizei sind bei uns eine heftiger diskutierte Frage als konkret die Stasi. Auch das ist interessant. Es sind Leute wie Kardinal Tomásek und Václav Ramostva, die 13 Jahre lang bei der Charta aktiv waren, dabei. Das war vorher, auch bei Tomásek. Man kann nicht nur einfach sagen, daß er ein Spitzel war. Das gilt auch für die Frau von Skworski. Das sind Leute, die vielleicht auch menschlich versagt haben; ich weiß es nicht. Möglicherweise haben einige auch nicht begriffen, worum es geht. Ich kann das nicht beurteilen. Es war auch in den fünfziger und sechziger Jahren so. Es hat kurze Zeit, aber auch lange Zeit gedauert. Ich bin nicht fähig, diese Leute irgendwie zu verurteilen. Bei jedem Schicksal muß ich wissen warum, um ein Urteil fällen zu können. In den Listen sind viele Leute enthalten, die zehn Jahre im Gefängnis waren und dann unterschrieben haben. Im Jahre 1960 gab es eine große Amnestie. Die Staatspolizei wußte, daß es eine Amnestie geben wird. Sie hat versucht, die meisten Leute vor der Entlassung zu zwingen. Sie haben gesagt, wenn sie unterschreiben, können sie nach Hause gehen. Viele Tausende haben unterschrieben. Ich persönlich kenne einen Mann, der uns das als ersten Menschen in seinem Leben gesagt hat. Er hat 30 Jahre lang damit gelebt. Er hat es uns einen Monat vor der Veröffentlichung gesagt. Er war glücklich, daß er es jemandem sagen konnte, der ihn nicht verurteilte. Es gab auch normale Spitzel. Aber ich werde sie nicht verurteilen, ich nicht.

Zur Frage von Frau Barbe nach dem Beitrag Deutschlands zur Schaffung einer demokratischen Situation in Europa. Ich meine, dieser Beitrag kann erst geleistet werden, wenn die Bundesrepublik die Integration der ehemaligen DDR erreicht hat und wenn es einen guten Kontakt vor allem zu seinen engsten Nachbarn, Polen und Tschechen, hat, die eine historische Angst vor Deutschland haben. Sie müssen davon überzeugt sein, daß es nicht mehr nötig ist, Angst zu haben. Diese Antwort ist nur ganz allgemein.

Zu der Frage, ob ich seit dem Jahre 1982 irgendeine Veränderung der Politik sehe: Ich muß sagen – aber ich meine, das ist nicht nur meine persönliche Ansicht –, als wir mit der Charta begonnen haben, haben wir nichts erwartet. Wir haben gewußt, daß wir unsere Freiheit erkämpfen müssen. Das war der Anfangspunkt. Die solidarische Unterstützung erfolgte später, als wir uns schon einen bestimmten Freiraum erkämpft hatten, stärker als am Anfang. Seit der Mitte der achtziger Jahre war es schon normal, daß ein Besucher aus Amerika, England oder Frankreich auch Kontakt mit der Opposition hatte. Diese Kontakte haben wir immer gesucht. Kontakte zum Chef des Gefängnisses, wie eben jemand gesagt hat, sind immer gut; aber man muß auch über die Dinge sprechen. Einer der ersten, die mit der Opposition sprachen, war Sir Geoffrey Howe; das haben Sie erwähnt. Ich persönlich habe zweimal

...(akustisch unverständlich) getroffen; ich weiß nicht genau, wann zum erstenmal; aber ich meine 1984 oder 1983. Der letzte war Mitterrand. Er ging schon in die Burg des Präsidenten.

Zu der Frage, warum nur einige Leute aus dem Westen gekommen sind: Ich möchte dazu sagen, daß wir nicht gegen die Dialogpolitik waren. Wir waren nicht dagegen, daß die demokratischen Regierungen mit unserer Regierung sprachen. Aber das war nicht genug; das war für uns von Anfang an klar. Es ist immer so, daß einige kommen und andere nicht. Es kamen Gert und die Leute von den Grünen. Dann kamen die Leute von der Basis. Es ist interessant, daß z. B. die Professoren aus den Universitäten Vorträge in Prag hielten. Das war sehr positiv. Aber das haben wir als bürgerliche Sache, als Zusammenarbeit mit den Bürgern, gesehen. Wir haben uns als bürgerliche Initiative, als Initiative der normalen Leute, gefühlt, die mit solchen Leuten in der Welt solidarisch sind.

Der Beitrag der Journalisten aus dem Westen war groß. Sie waren in Prag unsere legalen Kontaktpersonen; denn sie waren legal akkreditiert. AFP war die einzige Nachrichtenagentur, die in all den Jahren Journalisten in Prag hatte. Es war vielleicht auch noch ein Journalist vom zweiten deutschen Fernsehprogramm dort; aber er war möglicherweise kurze Zeit nicht da.

Die Nachrichtenagenturen Reuters und ANSA haben ihre Tätigkeit unterbrochen und waren ein paar Jahre lang nicht dort. Nur die tschechischen Mitarbeiter waren noch da; aber sie durften keinen Bericht über uns übermitteln. 1986 hatte man die Idee, daß auch AFP seine Tätigkeit beendet, vor allem weil Prag für sie langweilig war. Es ist nichts für die Welt Interessantes passiert; es waren nicht genug Leute im Gefängnis. Wir haben einen Brief an Mitterrand geschrieben und haben erklärt, daß AFP der letzte offizielle, legale Kontakt mit der Welt ist. Denn sonst erfolgten die Kontakte, die wir über unser privates Telefon suchten, mit Emigranten. Auch das war sehr wichtig. Aber das haben wir persönlich als größeres Risiko empfunden. AFP hat den Journalisten dort gelassen bzw. einen neuen geschickt. Die Tatsache, daß die Journalisten kamen, sich für uns interessierten und über uns schrieben, hat uns meiner Meinung nach gerettet. Denn wenn es, wie in den fünfziger Jahren, nicht geschehen wäre, hätten sie sehr viele Leute einfach vernichten können. Das war wichtig. Das war ein großer Unterschied zwischen den siebziger, aber vor allem den achtziger und den fünfziger Jahren. Die Welt war nicht so geteilt. Es bestand immer Angst vor Repressionen. Aber die Regierung wagte nie, alle zu liquidieren.

Hat jemand das Gefühl, daß ich seine Fragen nicht hinreichend beantwortet habe? (Beifall)

Prof. Dr. Zdenek Mlynar: Ich muß leider vom menschlichen Leben zur Politik zurückkehren. Die Politik ist nur ein kleiner Teil des menschlichen

Lebens und nicht immer menschlich. Aber man kann das dann auch kürzer ausdrücken.

Zur Frage, wann und wo wir in der Tschechoslowakei ungefähr zu dem Schluß gekommen sind, daß man mit konkreten Taten agieren oder das Regime attackieren muß: Bei den politisch engagierten Reformkommunisten im Jahre 1968 ist diese Überzeugung, glaube ich, eingetreten, als man nach fünf Jahren sah, es wird überhaupt keine Katalysierung in Prag geben; es wird immer härter, und es gibt ein stalinistisches Regime. Bei den anderen, jüngeren und auch nicht kommunistisch orientierten Gruppen war diese Überzeugung zum Teil schon früher vorhanden. Teilweise ist es aber gerade im Zusammenhang mit dem KSZE-Prozeß zu der Auffassung gekommen, es sei jetzt wichtig, nicht mehr anonym zu bleiben. Das war die Überzeugung der Charta-Bewegung. Ich gehörte zu dem engen Kreis derer, die die Charta 77 vorbereitet haben. Wir hatten die Überzeugung: Wir müssen jetzt mit unseren Namen ganz offen für die Erfüllung dessen, was als Folge der KSZE-Konferenz unterschrieben worden war, haften. Wir mußten zeigen, daß wir die Folgen der KSZE-Konferenz jetzt wirklich sehen wollten.

Herr Koschyk und auch andere fragten, ob bei der Gründung der Charta eine Absage an reformkommunistische Ziele oder an den demokratischen Sozialismus vorlag. Es ist schwer, das so zu formulieren, weil die Hälfte der ursprünglichen Unterzeichner – es waren, glaube ich, 245 Personen – ehemalige Reformkommunisten gewesen waren. Aber es wurde in dem engen Kreis auch ganz offen darüber gesprochen. Ich gehörte zu denen, die vorgeschlagen haben, in der Einleitung der Charta zu schreiben: Es war ein Versuch, den demokratischen Sozialismus durchzusetzen. Das bedeutete einen Kampf für Menschenrechte. Es war Havel, der damals sagte: Wenn wir damit beginnen, dann können das doch nicht alle unterzeichnen, weil sie nicht alle der Meinung sind, daß es so war. Wir haben freiwillig darauf verzichtet; denn die Verteidigung der Menschenrechte bedeutet noch keine politische Überzeugung, sondern nur das Recht, zu verlangen, daß jeder seine politische Überzeugung auch aussprechen darf, also die Achtung des Rechts der Andersdenkenden. Ob es Katholiken oder Reformkommunisten waren, war in diesem Moment egal. Ich glaube, das war am Anfang die wichtigste Kraft der Charta 77.

Jemand hat die Erinnerungen von Alexander Dubcek erwähnt. Er beschreibt die Episode, warum er die Charta 77 nicht unterschrieben hat, nicht ganz genau. Wir wollten nicht, daß er unterschreibt. Jemand wurde zu Dubcek mit der Bitte geschickt, es zu überlegen, aber mit der Stellungnahme von Havel, von mir, von Petr, von Jédri Hajek und all den anderen, die dabei waren, daß das eigentlich nicht gut wäre. Denn in dem Moment wäre aus der Charta ein Dokument geworden, das Dubcek wieder an die Macht bringen wollte. Das war nicht die Absicht; das war ganz klar; das war kein Zufall. Deshalb spreche

ich, Herr Garton Ash, nicht darüber, ob ich ein Gesprächspartner war, sondern darüber, daß von Anfang an zwei Flügel in der Menschenrechtsbewegung existierten. Ich finde das normal und gesund; denn wer zwei Flügel hat, kann schon fliegen. Mit einem ist es nicht ganz so gut möglich. (Beifall) Deshalb spreche ich über den ganzen Flügel. Die Jazz-Sektion, die Sie erwähnt haben, besteht doch nicht aus Reformkommunisten, sondern das ist „underground culture“. Ihr Vorsitzender schreibt jetzt in der ehemaligen Parteizeitung „Rudé Právo“ eine Polemik über ihre Rechte, die die heutigen Herren nicht immer akzeptieren.

Zur zweiten Frage – ich glaube, sie stammt von Herrn Jacobsen –, ob wir 1968 über die deutsche Frage nachgedacht haben. Offiziell nicht; sogar innerhalb der Parteiführung war das nicht denkbar; denn es war eine zersplitterte Parteiführung. Husák, Bilak und die anderen waren doch Mitglieder der damaligen Parteiführung. Aber in der Dubcek-Gruppe waren wir – so würde ich sagen – der Meinung, daß eine derartige Entwicklung in der DDR freilich für Moskau kaum akzeptabel sein könnte, weil das – da hatte Ulbricht recht – dazu führen würde, daß die deutsche Vereinigung auf die Tagesordnung gesetzt werden müßte. Im Unterschied zur Tschechoslowakei, zu Polen, aber auch zu anderen mußte die Teilung Deutschlands auf die Tagesordnung kommen, wenn es um die Demokratisierung und um die Demokratie ging. Wir waren damals der Meinung: Das ist für Moskau so grundsätzlich inakzeptabel, daß wir davon eher die Hände lassen müssen.

Ein Modell Österreich kam nach unserem Denken 1968 eigentlich nicht in Frage. Das war ein beendetes Spiel von 1955. Wenn Chruschtschow das österreichische Modell überhaupt in Betracht zog, dann nur mit dem Gedanken: Wenn ganz Deutschland diesen Weg beschreitet, dann werde ich das akzeptieren, aber das ganze Deutschland und nicht nur die DDR. Es war klar, daß in den Köpfen des Moskauer Politbüros das sogenannte österreichische Modell mit der Vereinigung Deutschlands verbunden war.

Zur Frage, was ohne Intervention geschehen wäre. Ich bin kein Prophet. In jedem Falle hätte es keine Entwicklung gegeben, die den heutigen Verhältnissen gleichzusetzen wäre. Aber ich bin immerhin davon überzeugt, daß eine gewisse Wiederholung der spezifischen Erfahrungen Jugoslawiens nach dem Jahre 1950 auf ganz andere Weise denkbar gewesen wäre, so daß die Tschechoslowakei ohne Intervention doch hätte versuchen können, diesen eigenen Weg zu gehen. Wozu das geführt hätte, weiß ich nicht, sicher auch zu Konflikten mit denen, die weiter gehen wollten, und auch zu Konflikten mit denen, die mit freien Wahlen beginnen wollten; denn mit freien Wahlen eine Reform zu beginnen, gleicht doch einem Selbstmord der Partei, die 40 oder 20 Jahre Diktatur hinter sich hat. Wir waren keine politischen Selbstmörder. Aber das bedeutet nicht, daß ich nicht wußte: Ohne diese Entwicklung geht es nicht.

Es wurde auch die Frage gestellt, was wir eigentlich wollten. Dafür gibt es Dokumente – ich kann das nicht in fünf Minuten schildern –, nicht nur das Aktionsprogramm, das kurzfristig war. Die Dokumente sind in dem Sammelband „Panzer überrollen den Parteitag“ enthalten, der im Jahre 1970 in Wien auf deutsch erschienen ist. Dort sind alle Papiere, die für den 14. Parteitag vorbereitet worden waren und die eine ungefähr zehnjährige Perspektive hatten, nachzulesen. Darin steht: Wir können uns vorstellen, daß in zehn Jahren auch andere Parteien als politische Subjekte an den Wahlen teilnehmen. Aber vorher muß man andere Wege der Demokratisierung gehen, da wichtige Reformkommunisten als die Verantwortlichen für 20 Jahre totalitäre Herrschaft dastehen. Demokratisierung bedeutete also nicht nur Arbeiterselbstverwaltung, sondern Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, vieles, was 1968 schon verwirklicht wurde und was auch in einem halbautoritären System, also nicht in einer reinen parlamentarischen Demokratie, funktionieren konnte. Aber wie lange das der Fall sein konnte, kann ich jetzt nicht beurteilen. Sicherlich hätte das auch zu Konflikten geführt; aber diese hätte man nicht mit Panzern lösen müssen – davon bin ich überzeugt –, aus der Sicht der Moskauer Führung schon, aber aus unserer Sicht nicht.

Über die Ziele der Charta habe ich schon gesprochen.

Zu der Frage, ob das in der Sowjetunion – ich habe gesagt, daß der Prager Frühling der letzte denkbare Versuch einer Reform des kommunistischen Systems war – nicht doch denkbar gewesen wäre: Im Jahre 1975 wäre es als eine Anknüpfung an die Chruschtschow-Ära möglicherweise denkbar gewesen. Aber es gab keine Anknüpfung. Was meine persönliche Entwicklung betrifft, war ich nach 1970 und 1977, als ich in die Emigration ging, davon überzeugt, daß das Reformpotential in den herrschenden kommunistischen Parteien weg war. Ich habe davon gesprochen, daß Gorbatschow und ich Gesprächspartner waren, und zwar deshalb, weil wir als Studenten fünf Jahre zusammengelebt haben, aber nicht aus politischen Gründen, weil ich dachte, er komme irgendwann einmal in den Kreml. Die Anknüpfung war also 1975 noch denkbar. Aber als Gorbatschow 1985 Präsident wurde, gab es in der Sowjetunion schon eine andere Gesellschaft. Es waren nicht mehr die Generationen, die den Stalinismus und den Krieg erlebt haben; es waren andere. Das war eigentlich die Wirkung der Chruschtschow-Ära, die sehr, sehr widersprüchlich war. Auf der einen Seite hat er die Isolierung verringert; aber auf der anderen Seite hat er sicher nicht die Vereinigten Staaten eingeholt, obwohl es damals unter Chruschtschow den Witz gab: Wir dürfen sie einholen, aber nicht überholen; denn sonst würden sie sehen, daß wir eigentlich einen nackten Arsch haben (Heiterkeit). Chruschtschow hat die Vereinigten Staaten nicht eingeholt; aber er hat die Isolierung gelockert, was unter Stalin undenkbar war. Das Ziel war, so zu leben wie die Leute im Westen. Man hatte jedoch immer politische Gewalt angewandt, damit die Leute dabei im Käfig blieben.

Das war unvereinbar. Chruschtschow hat diese zerstörende Dynamik schon gelockert. Aber die neuen Generationen, die Gorbatschow mit Perestroika ansprechen wollte, dachten nicht mehr so wie die Menschen nach 1956, sondern in die Richtung, daß man das erreichen soll, was sie im Westen geschafft haben.

Die Frage von Manfred Wilke in bezug auf die Befürchtungen von Ulbricht, der dachte, wenn so etwas in der DDR geschähe, müßte dies zur Zerstörung und zur Vereinigung mit der Bundesrepublik führen, habe ich schon beantwortet. Aus seiner Sicht gesehen war dies nicht falsch.

Was die Sozialdemokratisierung der damaligen Statuten der KPC betrifft, so waren wir uns dessen bewußt. Ideologisch gesehen konnten damals die Machthaber in Moskau sagen, das sei eine Sozialdemokratisierung. Aber für uns war wichtig, wodurch man das fehlende Mehrparteiensystem in der Politik ersetzen könnte. Wenn man dabei blieb, daß nur eine Partei oder die Nationalfront zugänglich waren, dann mußte man sich darum kümmern, daß es innerhalb der Partei oder innerhalb der Nationalen Front auch für kritische, oppositionelle und anderslautende Meinungen einen Platz gab. Das wollten wir erreichen. Deshalb mußte man die Statuten ändern; denn z. B. ein Fraktionsverbot konnte man nicht mehr erhalten. Ich erinnere mich an die Diskussion über die Statuten. Sie bewegten sich auf hohem Niveau. Ich habe der politischen Kommission angehört. Es gab einen Streit über die Definition des Ausdrucks „Fraktion“. Da ich es schon satt hatte, habe ich einen Witz gemacht und gesagt: Genossen, das können wir doch nicht in die Statuten schreiben; in Wahrheit sind eine Fraktion die Andersdenkenden, die verloren haben; denn die, die gewonnen haben, sind die Partei. Daraufhin waren sie böse; aber es war so. Wir waren uns bewußt, daß die Partei oder die Nationale Front die Rolle einer großen Koalition spielen sollte. Diese kann man nicht abwählen; ich bitte um Entschuldigung. Sie muß einen Raum dafür bieten, daß innerhalb der großen regierenden Koalition verschiedene Strömungen, sogar auch fast schon oppositionelle Strömungen, vorhanden sind. Das war der Grund, aus dem heraus wir die Statuten usw. ändern wollten.

Als ich 1977 als Vertreter der Charta nach Wien kam, war gerade der heute ganz bekannte Senator Dole auf einer Europareise. Er sollte die Menschenrechtslage für den Kongreß zusammenfassen. Ich wurde von ihm in Wien empfangen und habe ihm den Inhalt der Charta in fünf Minuten geschildert; dafür gab es nur zehn Minuten Zeit. Daraufhin hat er die Frage gestellt: Und wieviel Sendezeit steht der Charta im Fernsehen zur Verfügung? In diesem Moment wußte ich, was die Förderung der Menschenrechte von seiten einiger Großmächte in der Praxis auch bedeuten kann. Ich wollte ihm gerade mitteilen, daß wir überhaupt keine Sendezeit haben. Aber da fragte er schon: Wie soll die Charta aber dann Einfluß haben? Das ist eine schwierige Frage, habe ich ihm geantwortet . . . Es war immer nicht einfach.

Es geht stets darum – das möchte ich auch noch zu der Frage nach China sagen –, daß die Menschenrechte eines der Probleme der internationalen Beziehungen und jeder Politik sind. Was China betrifft, so ist es meiner Meinung nach nicht ohne weiteres mit dem damaligen Konflikt im Ostblock zu vergleichen. Zum einen ist China kein Beteiligter des Ost-West-Konfliktes. Zum zweiten geht es hier um Probleme, die mit der Dritten Welt zusammenhängen. Es hat sich doch jetzt bei der Konferenz über Menschenrechte in Wien gezeigt, daß China schon fast zu dem Block gehört, der auf dem Standpunkt steht: Die Menschenrechte sind eine Zivilisationsfrage. Auch die islamischen Staaten gehören schon zu diesem Block. Dabei stellt sich wirklich die Frage, ob man islamisches Recht in dem Sinne, in dem wir darüber sprechen, als Recht verstehen kann. Wenn die arabischen Staaten den Begriff Menschenrechte in der allgemeinen UNO-Deklaration über Menschenrechte als „Volscharia“ übersetzen, was bedeutet dann eigentlich die Zustimmung dazu?

Es sind also viele, viele Probleme offen. Diese Probleme werden von der Politik leider – so sage ich – anders gelöst werden müssen, als wir es als überzeugte Menschenrechtler wünschen. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Es folgt eine kurze persönliche Bemerkung von Herrn Professor Soell.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Ich habe mich deswegen gemeldet, weil Herr Poppe eine Bemerkung über die Haltung der Bundesrepublik anlässlich der Erklärung von 1986 zur Weiterentwicklung der KSZE gemacht hat. Es ist keine Korrektur, aber eine Ergänzung, die das Bild vervollständigt.

Sie haben den amerikanischen Vertreter gelobt. Ich habe als stellvertretender Leiter der deutschen Delegation im Rahmen der Interparlamentarischen Union, die sich um die KSZE gekümmert hat, im Vorfeld der Wiener Folgekonferenz versucht, die Erklärung, von der Sie vorhin sprachen, zu implementieren. Michaela Geiger war Leiterin der Delegation; ich war stellvertretender Leiter und Mitglied der Redaktionskommission und habe mich tagelang bemüht, die östlichen Diplomaten zu überzeugen. Man muß von den „östlichen Diplomaten“ sprechen; denn die Parlamentsdelegationen der östlichen Länder waren ja überwiegend in den Händen ihrer offiziellen Politik, und die Berater haben in der Redaktionskommission im Grunde auch bestimmt, welche Formulierung jeweils toleriert wurde. Ich muß sagen, daß diese Auseinandersetzung in Teilen erfolgreich war. Das offizielle Bild, das von dem gezeichnet wird, was da im einzelnen diskutiert wurde, wäre unvollständig, wenn man gerade diese Beratungen nicht mit berücksichtigte. Ich kann es jetzt nur stichwortartig sagen.

Das gleiche gilt für das, was im Europarat seit Mitte der achtziger Jahre diskutiert worden ist. Als ich 1986, wenige Monate nach der Bonner Konferenz über die KSZE, im Rahmen der Interparlamentarischen Union im Europarat den Antrag stellte, die sich reformierenden Staaten Osteuropas mit

einem Gaststatus in die Parlamentarische Versammlung aufzunehmen, wenn Oppositionsvertreter in solchen Delegationen vertreten wären, stieß das noch auf große Skepsis. Zwei Jahre später war man froh, daß man den Gaststatus hatte. Der erste prominente Redner aus diesem Lager war Gorbatschow im Mai 1989.

Ich sage das deswegen, weil er wenige Tage später in China war und erlebte, wie dort die Studenten den Platz des Himmlischen Friedens belagerten und daß das Haus, in dem der Volkskongreß und die politische Leitung Chinas tagten, belagert war. Gorbatschow hat gesehen, wie die chinesische Führung dort operierte. Das hat sicherlich auch seine Haltung im Herbst 1989 mit bestimmt. Dies gehört dazu. Es ist nicht so gewesen, daß dies alles die offizielle Ebene nicht berührt hat.

Ich möchte auch noch abschließend ein Wort gerade zugunsten der deutschen Diplomaten sagen. Die politische Leitung des Hauses hat sie nicht immer groß gestützt; aber sie hat sie gewähren lassen. Sie waren wie die deutschen Parlamentarier unter den am intensivsten Mitarbeitenden in den internationalen Gremien, die sich für Menschenrechte gerade auch im östlichen Mitteleuropa eingesetzt haben, auch wenn die Kontakte zu den Oppositionsgruppen nicht unmittelbar bestanden. Aber es gab ein Stück mittelbare Information und den Versuch, das umzusetzen. Das kann man nicht bestreiten. Ich habe es an mehreren Beispielen erlebt.

Abg. Frau Wilms (CDU/CSU): Eine Ergänzung dazu, Herr Soell: Vielleicht ist es ebenfalls historisch von Interesse, daß bei den Konferenzen der KSZE zur Weiterentwicklung der Menschenrechte immer auch ein Beamter des innerdeutschen Ministeriums zusätzlich zu den Beamten des Auswärtigen Amtes mit dabei war. Ich glaube, daß das zur Abrundung des Bildes gehört.

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Ich danke für die Teilnahme an der Diskussion. Besonders danke ich denjenigen aus der ehemaligen CSSR, die hier gesprochen haben. Ich darf mit dem Titel eines Buches von Ján Patočka – er ist eben schon genannt worden; er starb zwei Monate, nachdem die Charta 77 gegründet wurde –, der zur damaligen Zeit eine bedeutende Rolle gespielt hat, enden. Er hat ein Buch mit der Überschrift „Die Solidarität der Unterdrückten“ – die Solidarität der Unterdrückten ist heute zur Sprache gekommen – geschrieben. Wir sagen denen, die damals unterdrückt waren – wie soll ich es sagen; unsere nachträgliche Solidarität können wir ihnen nicht mehr geben. Ich bedauere, daß es in jener Zeit nicht immer genug Solidarität gegenüber den Unterdrückten gegeben hat. Die Diskussion heute morgen mag vielleicht ein wenig zur Linderung der entgangenen Solidarität beigetragen haben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Pause kann jetzt wirklich nur in einem ganz kurzen Aufstehen und Wiederhinsetzen bestehen. Denn jeder, der auf

die Uhr sieht, stellt fest, daß die Mittagspause schon längst vorbei ist und daß wir uns bereits eine halbe Stunde mit dem zweiten Thema beschäftigen sollten. Wenn wir das zweite Thema genauso ernst nehmen wollen wie das erste, müssen wir sofort weitermachen, weil Endzeiten entweder durch den Kalender oder durch Abflugtermine gesetzt sind. Ich bitte also um Verständnis dafür, daß wir sofort weitermachen.

Wir haben von der Methode her ähnliches für den Bereich Solidarnosc und Polen vor, wie wir es bei den Themen 1968, Charta 77 und Tschechoslowakei gemacht haben. Das bedeutet, es wird eine kurze Einführung des Gesprächsleiters geben – das wird in diesem Falle Markus Meckel sein – und dann ein Podiumsgespräch mit der Möglichkeit der Mitglieder der Enquete-Kommission, in dieses Gespräch einzugreifen.

(Kurze Unterbrechung)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Auch wenn wir jetzt noch wenige hier im Saal sind, wollen wir beginnen. Wir können zwischen verschiedenen Übeln wählen. Ich denke, wir sollten nicht das Übel wählen, diejenigen, die nun hier vorne sitzen, so zu benachteiligen, daß sie kaum noch zu Wort kommen können. Jeder, der jetzt nicht anwesend ist, kann es dann zumindest im Protokoll lesen. Vielleicht gesellt sich während meiner Einführungsbemerkungen ja noch der eine oder andere in unsere Runde.

Es gibt verschiedene deutsch-polnische Nachkriegsgeschichten. Diese verschiedenen Geschichten resultieren daraus, daß es zwei deutsche Staaten gab, die zudem jeweils keine einheitliche Geschichte ihres Verhältnisses zu Polen hatten. Das heißt, es gab hier nicht nur Veränderungen, sondern gleichzeitig unterschiedliche Strömungen oder jeweils Vorläufer von Veränderungen.

Die DDR-Politik gegenüber Polen war durch die sofortige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Jahre 1950 gekennzeichnet. Dies war wichtig, wenn auch nicht so wichtig wie dann die Anerkennung Jahrzehnte später. Ansonsten war die Beziehung der DDR-Regierung zu Polen, wie wir alle wissen, durch „große Freundschaft“ gekennzeichnet. Sie beruhte auf der Ideologie, die wiederum nicht Sache der jeweiligen Bevölkerung war, so daß sie auf sehr wackeligen Füßen stand. Diese auf Ideologie beruhende Freundschaft war im Hintergrund auch nicht immer so freundschaftlich, wie sie sich nach außen hin darstellte.

Es gab in der DDR eine andere, kleine Geschichte des Verhältnisses zwischen Polen und Deutschen, nämlich die der Kirchen und der Opposition, ebenfalls jeweils in sich differenziert, die eine Verantwortung des deutschen Volkes gegenüber Polen als Aufgabe verstanden und versuchten, dies dann in den konkreten Kontakten umzusetzen.

Es gab natürlich – dies ist heute für uns ein besonderes Thema – die Geschichte des Verhältnisses der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, eine